

Update



Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010: Rückblick und Ausblick

Chur, November 2008

Hinweis für den eiligen Leser:

Zur Wahrung der Übersichtlichkeit wurde in diesem Bericht auf eine Zusammenfassung verzichtet. Dem eiligen Leser dienen die Umschlagrückseite und das Kapitel 6 „Schlussfolgerungen für den wirtschaftspolitischen Rahmen“ als Zusammenfassung.

Impressum

Herausgeber: Wirtschaftsforum Graubünden

Autoren: Peder Plaz / Maria Hug-Sutter

Sachverständige
Begleitgruppe: Eugen Arpagaus (Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden), Rolf Bless (SYNA), Dr. Jürg Domenig (Hotelierverein Graubünden), Dr. Marco Ettisberger (Handelskammer und Arbeitgeberverband Graubünden), Peter Kuchler (LBBZ Plantahof), Jürg Michel (Bündner Gewerbeverband), Dr. Peter Moser (HTW Chur), Dr. Daniel Müller-Jentsch (Avenir Suisse)

Titelbild: Neubau Bahnhof Chur, © Ralf Feiner

Veröffentlicht: November 2008

Vorbemerkung

Für diesen Kommentar haben wir zusammen mit den Mitgliedern der Begleitgruppe (vgl. Impressum) verschiedene Bereiche des Wirtschafts- und Wohnstandorts Graubünden kritisch untersucht sowie Ideen und Visionen für die nächsten 15 bis 20 Jahre entwickelt. Auch wenn die Zukunft nicht vorhersehbar ist, können doch – im Sinne von Szenarien – einige Trends und Konsequenzen für die nächsten Jahre einigermaßen zuverlässig plausibilisiert werden.

Aufgrund unserer Analysen sind wir der Meinung, dass der Standort Graubünden in einer schwierigen Phase mit vielen Herausforderungen steckt. Gleichzeitig glauben wir daran, dass Potenziale vorhanden sind. Dies bestärkt uns in der Auffassung, dass mit einer geeigneten Standortentwicklungspolitik Wachstum und Wohlstand für Graubünden weiterhin möglich sind. Die Arbeitsgruppe schlägt vor, dieses Ziel mittels eines Wachstumspaketes zu verfolgen. Im Rahmen einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik sollen diejenigen Massnahmen ergriffen und umgesetzt werden, die für einen langfristig lebensfähigen und attraktiven Wirtschafts- und Wohnstandort erforderlich sind.

Mit unseren Schlussfolgerungen aus den aktuell erkennbaren Entwicklungen möchten wir dazu anregen, über notwendige Massnahmen der Standortentwicklung zu diskutieren und diese beschleunigt umzusetzen.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre!

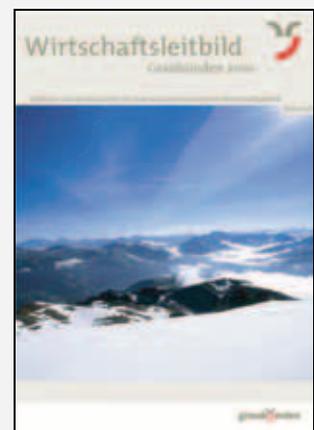
Ihr Wirtschaftsforum Graubünden

Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010

Beim vorliegenden Dokument handelt es sich um ein Update des Wirtschaftsleitbildes Graubünden 2010 aus aktueller Sicht.

Das Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010 behält weiterhin seine Gültigkeit. Für eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Inhalten verweisen wir auf die beim Wirtschaftsforum Graubünden erhältliche Broschüre:

„Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010, Leitlinien und Ansatzpunkte für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik“, Hrsg. Wirtschaftsforum Graubünden/Amt für Wirtschaft und Tourismus, Chur, Dezember 2004.



Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	7
2	Wirtschaftsentwicklung im Rückblick	11
3	Politische Reformen in Graubünden	19
4	Bestimmende Trends der nächsten 20 Jahre	41
5	Graubünden im Jahr 2025 – eine Erfolgsgeschichte?	49
6	Schlussfolgerungen für den wirtschaftspolitischen Rahmen	63
	Literaturverzeichnis	69

1 Einleitung

Ausgangslage

Das Wirtschaftsforum Graubünden (WIFO) wurde vom Kanton Graubünden beauftragt, als Botschafter des Wirtschaftsleitbildes Graubünden 2010 (WLB) aufzutreten.

Ziel des WIFO ist in diesem Zusammenhang, die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Graubünden laufend zu verfolgen und über Herausforderungen sowie wünschbare wirtschaftspolitische Weichenstellungen zu berichten. Das WLB wurde im Jahr 2004 veröffentlicht und basiert – was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft – zu einem grossen Teil auf Analysen von Daten aus den Jahren 2001/2002. Im vorliegenden Bericht werden im Sinne einer Bestandesaufnahme zum WLB die aktuellen **wirtschaftlichen Entwicklungen und die Massnahmen zur Standortentwicklung der letzten Jahre kommentiert.**

Tab. 1: Fragestellungen

Wie hat sich Graubünden seit 2001 wirtschaftlich entwickelt?	⇒ Kapitel 2
Welche massgeblichen politischen Reformen wurden angepackt?	⇒ Kapitel 3
Wie hat sich das Umfeld in den letzten Jahren verändert?	⇒ Kapitel 4
Welche Szenarien sind für Graubünden aufgrund der aktuellen Entwicklungen vorstellbar?	⇒ Kapitel 5
Welches sind die zentralen Baustellen für die Standortentwicklung der nächsten 5 – 10 Jahre?	⇒ Kapitel 6

Wachstumspolitik 2008 – 2011 des Bundes

Wie das Wirtschaftsforum in Graubünden auf kantonaler Ebene, beschäftigt sich das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) mit dem Wachstum auf nationaler Ebene. Der im 2002 vom Seco publizierte Wachstumsbericht resultierte in einem Wachstumspaket des Bundesrates mit konkreten Reformmassnahmen. Das Seco hat dazu 2008 ebenfalls Bilanz gezogen und Folgendes festgestellt:

- **Rückblick:** Das BIP der Schweiz ist seit 2004 primär aufgrund des hohen Wachstums der Weltwirtschaft überdurchschnittlich stark gewachsen. Dass die Schweiz von der starken Weltwirtschaft profitieren konnte, führt das Seco insbesondere auf die Umsetzung der Personenfreizügigkeit zurück. Die weiteren Massnahmen des Wachstumspakets wie die Erhöhung des Wettbewerbs im Inland oder die Reduktion der „Hochpreisinsel“ wurden bisher nicht konsequent umgesetzt und können (noch) nicht zum aktuell höheren Wachstum beitragen.
- **Ausblick:** Die wesentlichen Herausforderungen des Wirtschaftsstandortes Schweiz werden die beschleunigte Globalisierung und die demografische Alterung bilden.

Damit kommt der Bund zu ähnlichen (sinngemässen) Schlussfolgerungen, wie sie in diesem Bericht präsentiert werden. (vgl. Schweizerischer Bundesrat (2008): Wachstumspolitik 2008 – 2011: Massnahmen zur weiteren Stärkung des Schweizer Wirtschaftswachstums, Bern.)

Das Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010 in Kürze

Das WLB ist eine vom WIFO in Zusammenarbeit mit Vertretern der Bündner Wirtschaft und der kantonalen Wirtschaftsförderung entwickelte **Standortentwicklungsstrategie für Graubünden**. Es zeigt auf, wo und wie die Bündner Politik dazu beitragen kann, den Wirtschafts- und Wohnstandort Graubünden für die künftigen Herausforderungen fit zu machen. Das WLB geht dabei von folgender Zielvorstellung für den Standort aus:

Aufgrund der natürlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen sieht sich Graubünden als

- eine der **führenden Ferienregionen der Alpen** mit qualitativ hochstehenden touristischen Produkten;
- **Standort für Industrie und Dienstleistungen** im Zentrum Europas **mit höchster Wohn- und Lebensqualität**;
- Herkunftsgebiet von **naturnahen, nachhaltigen Produkten** der Energie- und Agrarwirtschaft.

Damit Graubünden auch in Zukunft als eigenständiger Wirtschafts- und Lebensraum wettbewerbsfähig bleibt, muss die Region langfristig ein wirtschaftliches Wachstum erreichen, welches mit anderen Standorten vergleichbar ist.

Damit die Unternehmen Wachstum schaffen können, muss der Staat für **günstige Standortvoraussetzungen** sorgen. Aus diesem Grund beinhaltet die im WLB skizzierte Standortentwicklungsstrategie zwei Ebenen:

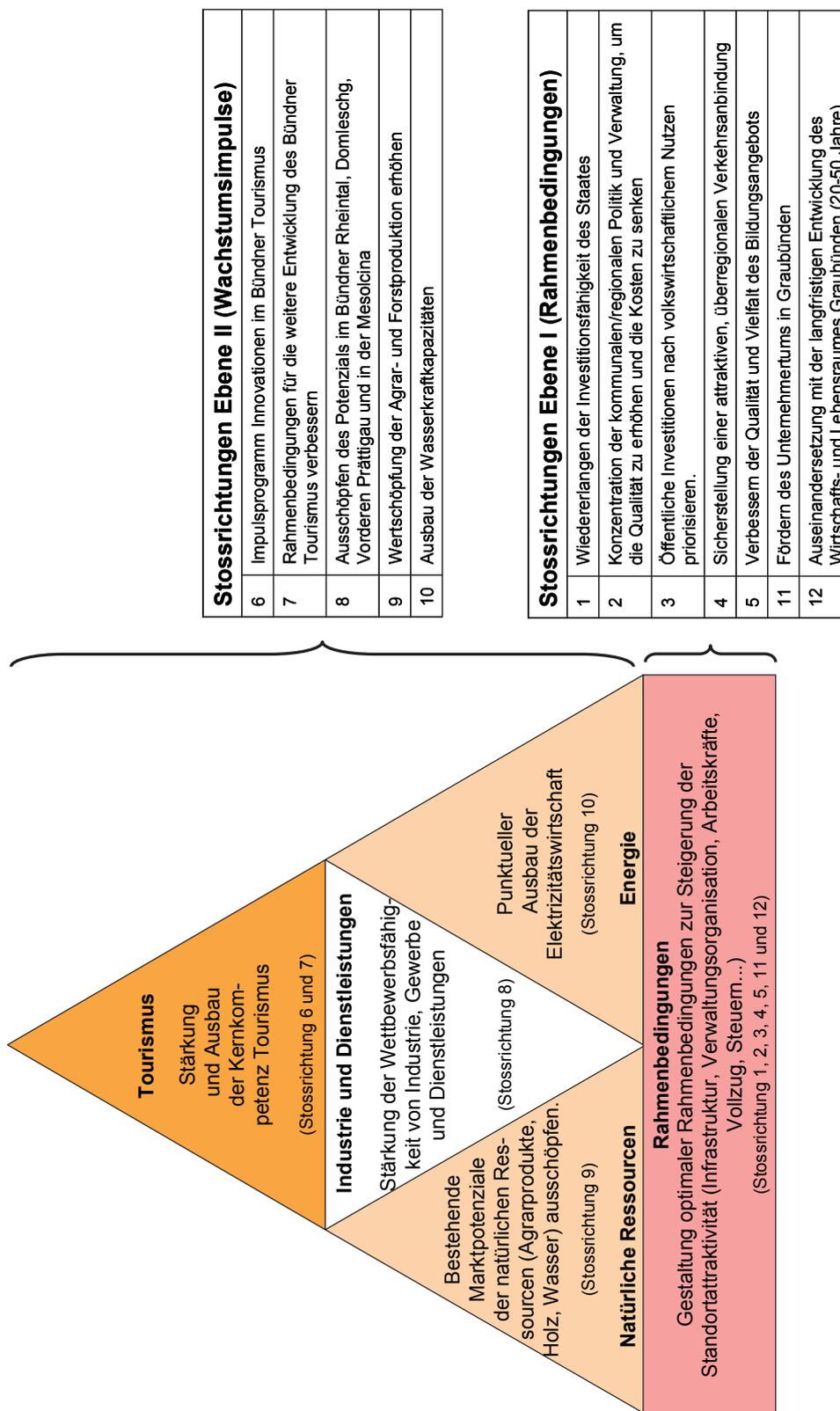
- **Ebene I – Rahmenbedingungen:** Der Staat (hier Bund, Kanton und Gemeinden) muss laufend bemüht sein, möglichst gute Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Wirtschaft und Bevölkerung sich aus eigener Kraft entwickeln können. Die Rahmenbedingungen bilden das Fundament der Wachstumsstrategie.
- **Ebene II – Wachstumsimpulse:** In den Wirtschaftsbereichen Tourismus, Energie, Industrie, Dienstleistungen sowie natürliche Ressourcen bestehen Entwicklungspotenziale, welche es auszuschöpfen gilt. Dies muss in erster Linie durch die Wirtschaft, also durch die Unternehmen, erfolgen. Der Staat kann allenfalls Impulse geben oder Prozesse initialisieren.

Die im WLB vorgeschlagenen strategischen Stossrichtungen¹ dienen also entweder der **Verbesserung der Rahmenbedingungen** oder sind als **Impulse für die Auslösung von strukturellen Anpassungsprozessen in der Wirtschaft** zu verstehen.

• _____

¹ Vgl. Kapitel 3

Abb. 1: Die Wachstumsstrategie für Graubünden



Quelle: Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010, Seite 37

Die Analysen des Wirtschaftsleitbilds Graubünden im Rückblick

Das Wirtschaftsleitbild Graubünden ist ein Projekt, das nun schon seit 10 Jahren läuft, so dass mittlerweile auch eine rückblickende Betrachtung möglich ist. Interessant ist, dass die Erwartungen des Wirtschaftsleitbilds im Rückblick jeweils sehr zutreffend waren. Daraus lässt sich zwar nicht folgern, dass die Zukunft präzise vorhersehbar ist, aber zumindest können wesentliche Trends und Konsequenzen durchaus zuverlässig erkannt und mit entsprechenden Massnahmen beantwortet werden.

<p>1995 Rückblick im 1995</p> <p>Gute Entwicklung in den 1980er und anfangs der 1990er Jahre, überdurchschnittliche Wachstumsraten in Graubünden</p>	<p>Ausblick 1995 – 2005</p> <p>Erste Anzeichen von Schwierigkeiten aufgrund hoher Zinsen und Liberalisierung der Märkte zu erkennen.</p> <p>These: Graubünden wird unterdurchschnittlich wachsen, weil erkennbare Trends ungünstig für Graubünden wirken.</p>
<p>2002 Rückblick im 2002</p> <p>Ausgeprägte Krise im Bündner Tourismus aufgrund der Marktliberalisierung führt zu massiven Beschäftigtenverlusten. Leichte Erholung im 2000. Starke Schrumpfungsprozesse in allen Regionen.</p>	<p>Ausblick 2002 – 2010</p> <p>Durchschnittliches Wachstum im Bündner Rheintal</p> <p>Stagnation in Tourismuszentren</p> <p>Fortgesetzte Schrumpfung in den übrigen Regionen</p>
<p>2008 Rückblick im 2008</p> <p>Bündner Rheintal entwickelte sich im CH-Mittelwert wie erwartet.</p> <p>Die Logiernächte in den Tourismuszentren haben nach einer konjunkturellen Delle wieder das Niveau von 2000 erreicht.</p> <p>Die peripheren Regionen mussten insgesamt weitere Beschäftigtenverluste hinnehmen.</p>	<p>Ausblick 2008 – 2015</p> <p>Intakte Aussichten für Bündner Rheintal, insgesamt bessere Ausgangslage als 2002.</p> <p>Tourismuszentren stehen am Scheideweg zwischen Revitalisierung der kommerziellen Beherbergung und einem Abgleiten in Zweitwohnungsstandorte.</p> <p>Energie birgt aufgrund von steigenden Energiepreisen neue Potenziale für Produzenten und Risiken für energieintensive Betriebe.</p> <p>Periphere Regionen stehen aufgrund der demografischen Entwicklung vor markanten Konzentrationsprozessen.</p>
<p>2012 Rückblick im 2012</p> <p>?</p>	<p>Ausblick 2012 – 2020</p> <p>?</p>

2 Wirtschaftsentwicklung im Rückblick

2.1 Konjunktur- versus Strukturentwicklung

Die verfügbaren Statistiken zeigen im mittel- bis langfristigen Vergleich (letzte 10 Jahre) für die meisten Regionen Graubündens schwierige Entwicklungen: markante Verluste von Arbeitsplätzen, negative Entwicklung der Geburtenzahlen und der Migrationssaldi, negative Entwicklung der Logiernächte und im Vergleich zur Schweiz eine unterdurchschnittliche Entwicklung des BIP in Graubünden, um nur einige zu nennen. Obwohl diese Statistiken langfristig negative Entwicklungen zeigen, berichtet die Tagespresse derzeit über eine Reihe von kurzfristigen Erfolgen in Tourismus und Industrie. Geht es Graubünden nun blendend oder schlecht? Stimmen die Statistiken oder die Eindrücke aus der Tagesaktualität?

Die Wahrheit liegt wie so oft in der Mitte. Um die aktuell positive Entwicklung einzuordnen, muss man zwischen **konjunkturellen und strukturellen Effekten** unterscheiden:

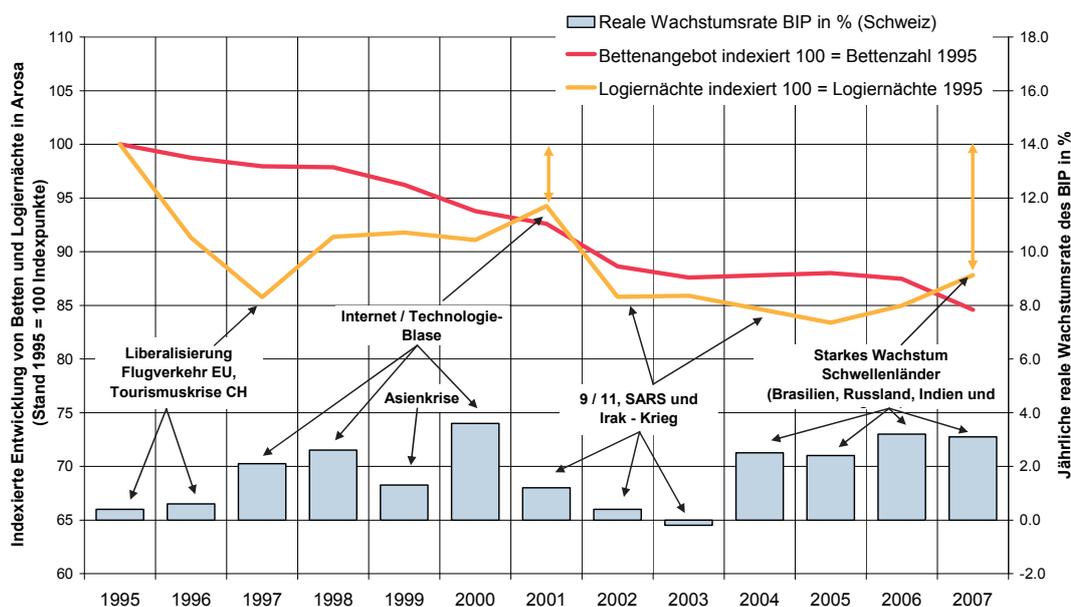
- Unter **Konjunkturentwicklung** versteht man kurzfristige, zyklische Schwankungen um einen langfristigen Trend. Sie ist begründet durch Nachfrageschwankungen, welche auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sind, beispielsweise das Zinsniveau, den Börsenverlauf oder die Investitionstätigkeit.
- **Strukturentwicklung** beschreibt einen langfristigen Anpassungsprozess des Angebots aufgrund globaler Wettbewerbsanforderungen. Im Strukturwandelprozess verändern sich Branchenstrukturen (z.B. weniger, dafür grössere Betriebe) oder verschwinden Produktionsformen, weil deren Produkte oder Technologien nicht mehr nachgefragt werden (z.B. Schreibmaschinen, Dampfmaschinen).

Die Reaktion auf kurzfristige, konjunkturelle Entwicklungen ist aus Sicht der Standortentwicklung sehr schwierig. Die Herausforderung bei strukturellen Entwicklungen besteht darin, sie frühzeitig zu erkennen und sich daran anzupassen.

Am Beispiel der Aroser Hotellerie² kann die strukturelle und konjunkturelle Entwicklung und deren Auswirkungen auf die Branchenperformance stellvertretend für alle Branchen einer Volkswirtschaft erläutert werden (vgl. Abb. 2).

•

² Die Daten für Graubünden zeigen eine etwas weniger dramatische, aber ähnliche Entwicklung wie diejenige im Beispiel Arosa.

Abb. 2: Strukturelle und konjunkturelle Entwicklung am Beispiel der Aroser Hotellerie

Quelle: Wirtschaftsforum Graubünden in Anlehnung an: Bundesamt für Statistik

Das BIP-Wachstum der Schweiz illustriert die **konjunkturelle Entwicklung** zwischen 1995 und 2007. Die Einflussfaktoren sind zu einem grossen Teil gegeben durch weltweit einschneidende Ereignisse (Asienkrise, Börsenboom, Einbruch nach 9/11 etc.).

Am Verlauf des **Angebots an Hotelbetten** ist die **strukturelle Entwicklung** ablesbar. Zwischen 1995 und 2007 hat Arosa 15% seiner früheren Hotelkapazitäten verloren. Diese kontinuierliche Abnahme ist typisch für die gesamte Bündner Hotellerie: Schliessung von Hotels bei gleichzeitiger Zunahme der Zweitwohnungskapazitäten.

Der **Verlauf der Logiernächte** in Arosa zeigt eine **starke konjunkturelle Abhängigkeit**. Der Umstand, dass Arosa im Jahr 2007 trotz des Konjunkturhochs 15% weniger Logiernächte aufwies als 1995, zeigt jedoch auch, dass der Strukturwandel die kurzfristige Ausschöpfung von positiven konjunkturellen Entwicklungen behindern kann.

Das Beispiel Arosa demonstriert eindrücklich, dass die **Bündner Wirtschaft trotz konjunkturellen Hoch teilweise mit heftigen Strukturproblemen zu kämpfen** hat. Oder anders formuliert: Eine gute konjunkturelle Entwicklung überdeckt den langfristig negativen Trend der abnehmenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit und wiegt uns in falscher Hoffnung.

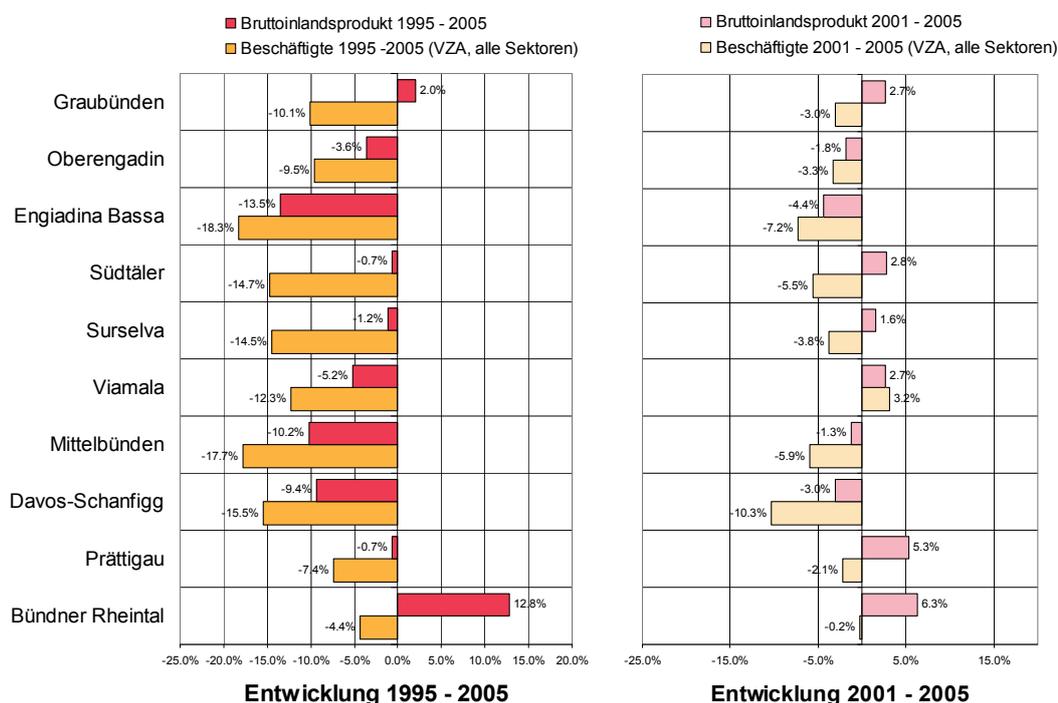
Die strukturellen Herausforderungen unterstreichen die Bedeutung optimaler Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Graubünden, damit die strukturellen Anpassungsprozesse – also die langfristige Entwicklung – in die gewünschte Richtung gelenkt werden können.

2.2 Strukturentwicklung verläuft träge und uninspiriert

Bündner Rheintal gut – „Tourismusland“ problematisch

Entgegen den aktuellen, konjunkturell bedingten „Rekordmeldungen“ zeigt die Statistik für 2001 – 2005 die Fortsetzung eines seit 1995 beobachtbaren Trends in der Beschäftigtenentwicklung: Zwischen 2001 und 2005 hat die Zahl der Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten) in Graubünden um weitere ca. 1'700 in den Sektoren 2 und 3 (Industrie und Dienstleistungen) sowie um knapp 900 im Sektor 1 (Land- und Forstwirtschaft) abgenommen, was einem Gesamtrückgang von ca. 3% seit 2001 und 10% seit 1995 entspricht. Während im Bündner Rheintal (inkl. Chur) das Beschäftigtenvolumen in den letzten Jahren gehalten werden konnte, mussten nahezu alle übrigen Regionen wiederum erhebliche Rückschläge verzeichnen. Einzige Region mit einer markanten Zunahme der Beschäftigung war die Region Viamala, was primär auf die Zunahme von Arbeitsstellen in den sozialen Dienstleistungen zurückzuführen ist. Dass die Entwicklung des BIP deutlich besser ausfällt als die Entwicklung der Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten) lässt auf Produktivitätsfortschritte schliessen. Besonders hoch fallen diese im Bündner Rheintal aus.

Abb. 3: Entwicklung der Beschäftigten (in Vollzeitäquivalenten; VZA) in allen Sektoren und des BIP in den Bündner Regionen (Regionseinteilung nach BAK Basel)



Quelle: Darstellung Wirtschaftsforum Graubünden / Daten BFS, BAK Basel

Mit einem Rückgang von ca. 10% in der Vergleichsperiode wurde die Region Davos-Schanfigg aufgrund der Schliessung mehrerer exportorientierter Kliniken in Davos besonders hart getroffen. In den übrigen Regionen kann der Rückgang der Beschäftigten zu einem grossen Teil auf die fortschreitende Restrukturierung in der Tourismuswirtschaft zu-

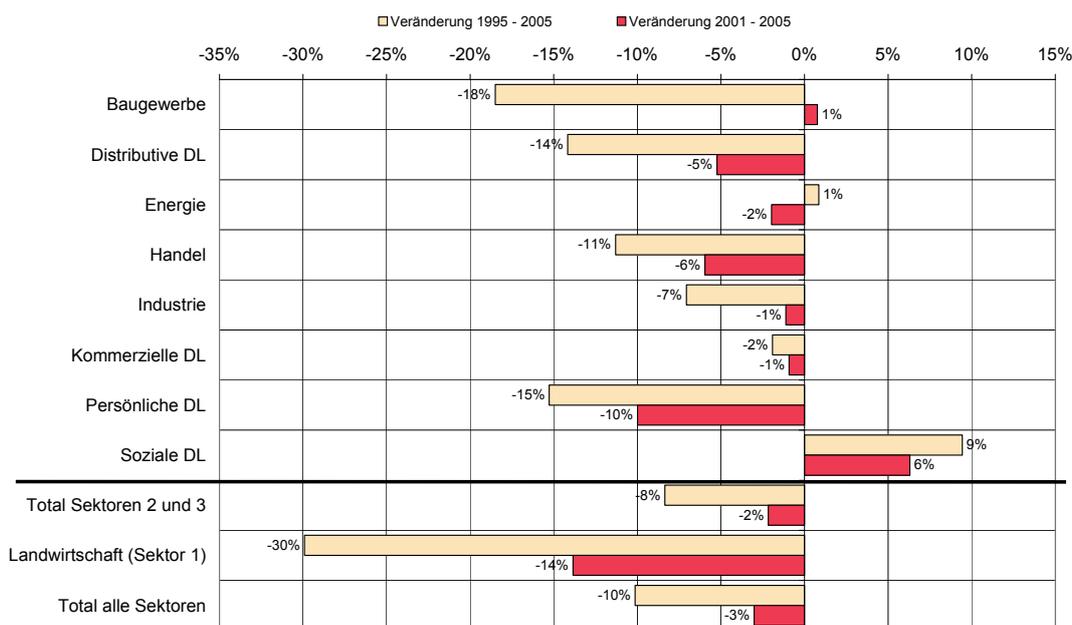
rückgeführt werden. Die Ergebnisse bestätigen insgesamt die Annahmen des WIFO aus dem Jahr 2001, welche von einer anhaltenden Strukturbereinigung der Bündner Wirtschaft ausgingen.

Sozialstaat wächst, Wirtschaftsmotoren schwächeln

Die Entwicklung in den einzelnen Branchen zwischen 2001 und 2005 (vgl. Abb. 4) zeigt in der Land- und Forstwirtschaft und bei den persönlichen Dienstleistungen (Tourismus, insb. Beherbergung) die grössten Rückgänge. Erfreulicher als im Tourismus haben sich die Beschäftigtenzahlen in den übrigen Exportbranchen – Industrie und Energieexporte – entwickelt, wo sie kaum abgenommen haben. Aber auch hier stagniert die Beschäftigungsentwicklung.

Als eigentliche Wachstumsbranche kristallisieren sich die sozialen Dienstleistungen heraus. Da es sich bei diesem Wirtschaftssektor nicht um einen „Wirtschaftsmotor“, sondern zu einem beträchtlichen Teil um einen staatlich finanzierten „Kostenfaktor“ handelt, ist dies regionalwirtschaftlich zwar erfreulich, gesamtwirtschaftlich aber nicht unproblematisch. Da dieser Bereich hauptsächlich staatlich finanziert ist, ist Wachstum nur nachhaltig, wenn entweder die anderen Wirtschaftsbranchen für genügend Wohlstand sorgen, der unter anderem in Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit und Lebensqualität investiert wird oder die Branche selbst wertvolle Exportwertschöpfung erzielt. Die Zunahme der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen eröffnet entsprechende Chancen falls es gelingt, Gesundheitsleistungen in andere Regionen zu exportieren. Eine regelrechte Trendumkehr erlebte im Übrigen das Baugewerbe infolge einer seit 2000 von tiefen Zinsen und einer regen Nachfrage nach Wohnraum ausgelöst, anhaltend guten Auftragslage.

Abb. 4: Entwicklung der Beschäftigten (Vollzeitäquivalente) in Graubünden nach Branchen

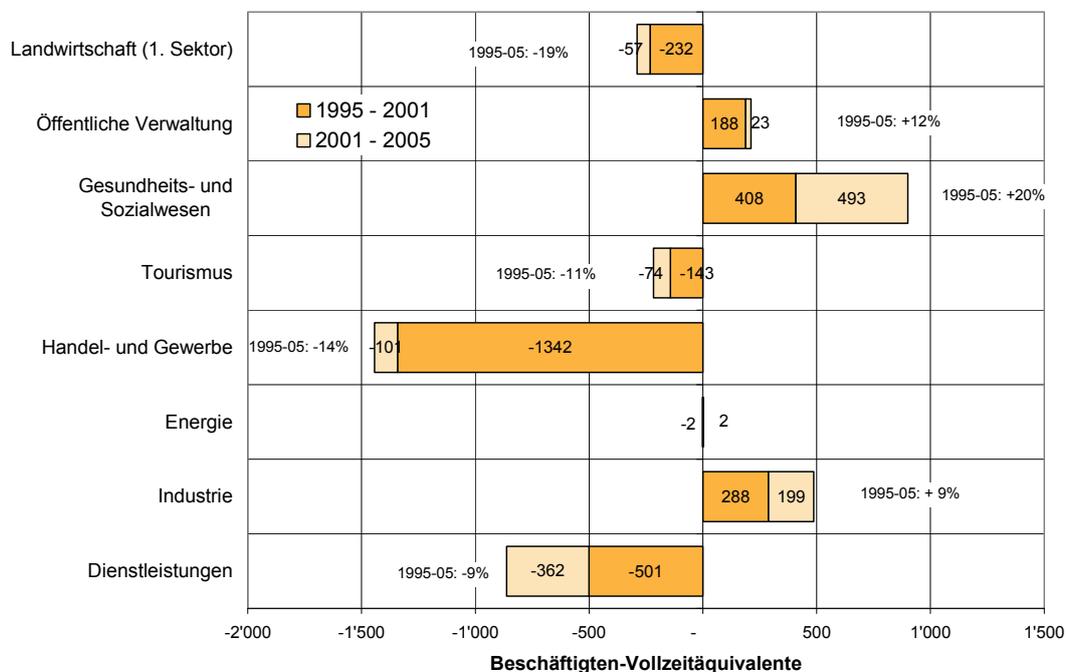


Quelle: Darstellung Wirtschaftsforum Graubünden / Daten BFS

Erfreuliche Entwicklung der Industrie im Bündner Rheintal und vorderen Prättigau

Auch zwischen 2001 und 2005 konnten das Bündner Rheintal und das vordere Prättigau ein im kantonalen Regionsvergleich überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum erzielen. Verantwortlich für dieses Wachstum ist zu einem grossen Teil die Industrie. Hierbei handelt es sich um wenige Unternehmen, welche für eine grosse Anzahl der Beschäftigten verantwortlich sind.³ Gleichzeitig mit der Zunahme der Arbeitsplätze in der Industrie fand ein Strukturwandel statt, der unter dem Strich zu deutlich mehr Produktivität pro Arbeitsplatz geführt hat. Im Gegensatz zur erfreulichen Entwicklung der Industrie muss jedoch auch – insbesondere durch die Verlagerung von Teilbetrieben – eine Abwanderung von stark wertschöpfungsorientierten Dienstleistungsbetrieben sowie der Rückgang der Anzahl Betriebe in Handel und Gewerbe vermerkt werden (vgl. Abb. 5).

Abb. 5: Entwicklung der Beschäftigten (VZA) im „Industrie- und Dienstleistungsraum“ Bündner Rheintal/vorderes Prättigau



Quelle: BFS (Beschäftigtenzählung, Landwirtschaftszählung)

Problematische Entwicklung des Wohlstandsniveaus in Graubünden

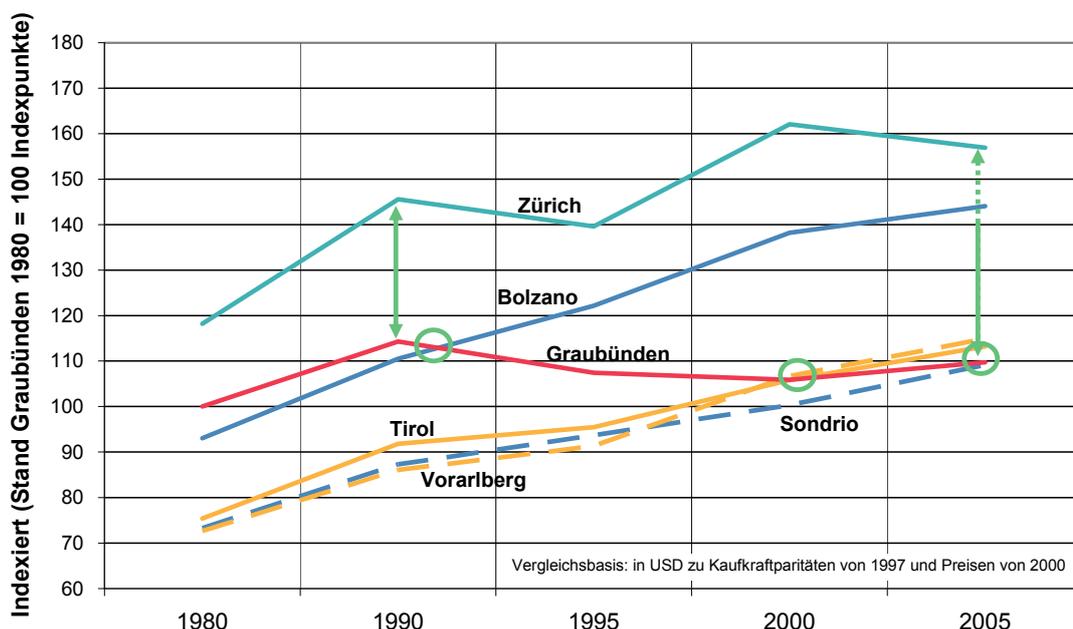
Nicht nur die Entwicklung der Beschäftigten, sondern auch die Entwicklung des Wohlstandsniveaus zeigt interessante Befunde. Abb. 6 weist für Graubünden ein leicht rückläufiges BIP pro Kopf aus. Dies hat folgende Ursachen:

³ Diese Unternehmen (darunter Cedes AG in Landquart, Ems-Chemie AG in Domat/Ems, Georg Fischer Kunststoffarmaturen AG in Seewis und Trumpf Grünsch AG in Grünsch) beschäftigen total rund 3'100 Angestellte (2008).

- Stagnierende reale Wertschöpfung pro Beschäftigten in wichtigen Branchen (insbesondere Tourismus und Landwirtschaft).
- Sinkende Anzahl Arbeitsplätze bei (noch) gleich bleibender Anzahl Einwohner (Überalterung, Zunahme Wegpendler)⁴.

Weiter kann aus der Grafik herausgelesen werden, dass der Unterschied des BIP pro Einwohner zwischen den Regionen Zürich und Graubünden stark zugenommen hat. Das bedeutet, dass der Abwanderungsdruck Richtung Zürich weiterhin unverändert hoch bleiben dürfte (für höhere Löhne in Zürich arbeiten und die Wochenenden in Graubünden verbringen). Auch der Vergleich mit den umliegenden Regionen im Ausland zeigt, dass Graubünden beim BIP pro Kopf von diesen Regionen bereits eingeholt wurde. Diese Entwicklung dürfte sich langfristig für Graubünden positiv auswirken, da die Kosten (insb. Personalkosten) in diesen Regionen aufgrund des steigenden Wohlstandes tendenziell zunehmen und sich damit langfristig die Wettbewerbsbedingungen (insbesondere im personalintensiven Tourismus) angleichen dürften. Zudem zeigt sie, dass wirtschaftliches Wachstum auch in Bergregionen (z.B. Tirol, Südtirol) möglich ist, sofern geeignete Rahmenbedingungen bestehen.

Abb. 6: Übersicht zur Entwicklung des BIP pro Einwohner in ausgewählten Regionen (indexierte Darstellung)



Quelle: Darstellung Wirtschaftsforum Graubünden / Daten BAK Basel Economics

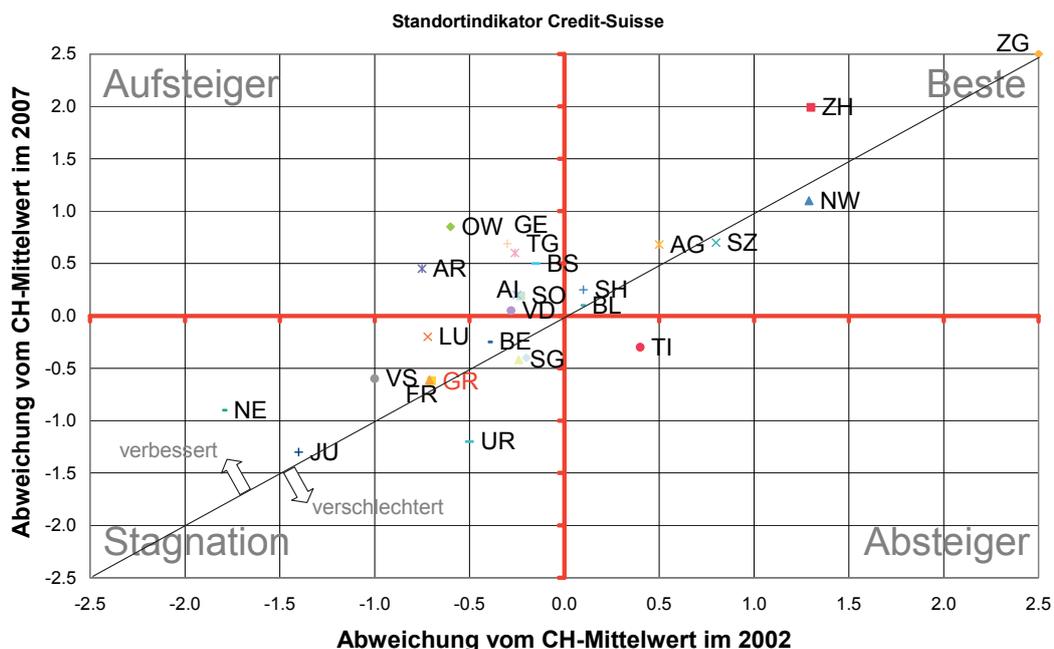
⁴ Eigenen Grobschätzungen zufolge dürfte der Bevölkerungsstruktureffekt die Resultate für Graubünden im Vergleich zu den übrigen in Abb. 6 dargestellten Regionen im 2005 mit ca. 5 – 10 Indexpunkten belasten. Das bedeutet, dass in Abb. 6 Graubünden nach Bereinigung des Bevölkerungsstruktureffekts leicht besser abschneiden würde.

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

- **Trotz** ausserordentlich guter **Konjunktur** ist das wirtschaftliche **Wachstum** im Kanton Graubünden **unterdurchschnittlich**.
- Das **Bündner Rheintal** und das **vordere Prättigau** entwickeln sich in etwa im Durchschnitt der Schweiz. Tendenziell steigt die Wertschöpfung pro Kopf (und damit der Wohlstand) bei gleichzeitiger Stagnation der Anzahl Beschäftigten.
- Die **übrigen Regionen Graubündens** unterliegen einem **tief greifenden strukturellen Wandel**, ausgelöst durch die Globalisierung und veränderte Marktordnungen. Diese Regionen verlieren sowohl Arbeitsplätze als auch an Wertschöpfung pro Einwohner, was einen unverändert hohen Abwanderungsdruck zur Folge hat.
- Zwar kann nicht gesagt werden, wie sich die Rahmenbedingungen für die Bündner Wirtschaft langfristig (25 – 50 Jahren) entwickeln werden, da der Einfluss entscheidender Variablen (z.B. Entwicklung der weltweiten Ölreserven, Klimawandel) schwierig vorauszusehen ist. Trotzdem kann festgehalten werden, dass **Graubünden in den nächsten 10 – 15 Jahren wirtschaftlich eine schwierige Zeit durchlaufen wird** und dass markante Verbesserungen der Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes notwendig sind, um einen nachhaltigen Wachstumspfad beschreiten zu können.

Abb. 7 unterstreicht die oben gezogenen Schlussfolgerungen eindrücklich: Graubünden ist im interkantonalen Vergleich bezüglich Standortqualität zwischen 2002 und 2007 von der siebtletzten Position (Horizontalachse) auf die viertletzte Position (Vertikalachse) zurückgefallen.

Abb. 7: Entwicklung der Standortqualität Graubündens im interkantonalen Vergleich



Quelle: Darstellung Wirtschaftsforum Graubünden / Daten Credit Suisse

3 Politische Reformen in Graubünden

Die in Kapitel 2 vorgelegte Analyse zeigt, dass der Reformbedarf in Graubünden im Vergleich zur Periode, in welcher das WLB formuliert wurde, nochmals markant gestiegen ist. Entsprechend hat sich der Druck verstärkt, das Reformtempo zu erhöhen. In diesem Kapitel wird deshalb untersucht, inwiefern die Politik die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort verbessern konnte.

Die Tab. 2 zeigt in der Übersicht eine Kurzbeurteilung der im WLB 2010 aufgezeigten Möglichkeiten der Strukturreform.

Tab. 2: Stossrichtungen zur Stärkung des Wirtschafts- und Wohnstandortes Graubünden gemäss Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
Legende: ✓ gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen ⬆️ geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar ⚡ unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig 🏠 Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank	
1 Wiedererlangen der Investitionsfähigkeit des Staates	✓
2 Konzentration der kommunalen/regionalen Politik und Verwaltung, um die Qualität zu erhöhen und die Kosten zu senken	🏠
3 Öffentliche Investitionen nach volkswirtschaftlichem Nutzen priorisieren	🏠
4 Sicherstellung einer attraktiven überregionalen Verkehrsanbindung	👍
5 Verbessern der Qualität und Vielfalt des Bildungsangebots	👓
6 Impulsprogramm „Innovationen im Bündner Tourismus“	👍
7 Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung des Tourismus verbessern	👍
8 Ausschöpfen des Potenzials im Bündner Rheintal, Domleschg, vorderen Prättigau und in der Mesolcina	✓
9 Wertschöpfung der Agrar- und Forstproduktion erhöhen	🏠 ✓
10 Ausbau der Wasserkraftkapazitäten	👓
11 Fördern des Unternehmertums in Graubünden	🏠
12 Auseinandersetzung mit der langfristigen Entwicklung des Wirtschafts- und Lebensraumes Graubünden (20 – 50 Jahren)	👍

Quelle: Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in einigen wesentlichen Bereichen echte Fortschritte erzielt werden konnten, die auch von übergeordneten Trends und Entwicklungen begünstigt wurden (z.B. Sanierung Kantonshaushalt, Entwicklung Industrie im Bündner Rheintal).

In weiteren Bereichen ist zu erkennen, dass – unterstützt durch das kantonale Engagement – Strukturreformen angegangen werden (z.B. Holzwirtschaft, Tourismusvermarktung, Gemeindestrukturreformen).

Diesen Reformen stehen aber sehr viele Herausforderungen gegenüber, die nach wie vor nicht oder viel zu zaghaft angegangen werden. Es handelt sich hier insbesondere um die schwierigen Themen der dezentralen Besiedlung, Kleinstgemeinden, imaginären Gemeindeautonomie, Anzahl staatlicher Ebenen, Agrarwirtschaft sowie um grössere Tourismusprojekte, die zumeist diskutiert, aber nicht konsequent umgesetzt werden.

3.1 Stossrichtung 1: Wiedererlangen der Investitionsfähigkeit des Staates

Worum geht es?

Das WLB ging 2004 aufgrund schwieriger wirtschaftlicher Prognosen und einer sich markant verschlechternden Selbstfinanzierungskraft des Kantons davon aus, dass sich die Investitionsfähigkeit und damit der Gestaltungsspielraum der öffentlichen Hand in Graubünden reduziert. Aus dieser Optik forderte das WLB die „Sanierung“ der Kantonsfinanzen. Dabei sollen die öffentlichen Aufgaben überprüft, eine Art Ausgabenbremse, welche an die BIP-Entwicklung gekoppelt ist, angeordnet und weitere Instrumente zur Verbesserung der Investitionsfähigkeit umgesetzt werden. Ziel der Stossrichtung ist, die staatliche Gestaltungsfähigkeit auch bei negativer Strukturentwicklung zu erhalten.

Was stellen wir heute fest?

Die **Selbstfinanzierungskraft** und damit die Gestaltungsfähigkeit des Kantons Graubünden hat sich **stark verbessert**. Aus diesem Grund konnte der Kanton die Steuern für die juristischen Personen markant senken sowie den natürlichen Personen eine Steuersenkung von 5% in Aussicht stellen. Im Steuerwettbewerb der Kantone um juristische Personen steigt Graubünden damit vom letzten Platz ins Mittelfeld des Rankings auf.

Grund für diese markante Verbesserung ist einerseits der **Verzicht auf die geplante Steuererhöhung im Jahr 2003** und die damit einhergehende konsequente Umsetzung von Sparmassnahmen. Andererseits haben **konjunkturell bedingte höhere Steuereinnahmen**, Zuschüsse durch **Rückzahlungen aus dem Dotationskapital** der Graubündner Kantonalbank sowie **Erträge aus dem Verkauf der Goldreserven** der Schweizerischen Nationalbank zur verbesserten finanzpolitischen Lage des Kantons Graubünden beigetragen.

Was sollte geschehen?

Trotz der verbesserten Rahmenbedingungen ist der Standort Graubünden im interkantonalen Vergleich für juristische und natürliche Personen steuerlich weiterhin nicht überdurchschnittlich attraktiv. Es muss deshalb **weiterhin der Anspruch gelten, die Steuerbelastung zu senken**, um die Position im nationalen und internationalen Standortwettbewerb weiter zu verbessern. Ziel müsste es sein, mittelfristig mindestens in das erste Drittel der steuerattraktiven Kantone vorzustoßen. Hierbei sind Gemeinden wie Kanton gefordert.

Mit der **Neuordnung des Finanzausgleichs (NFA) des Bundes** werden **neue Herausforderungen** auf den kantonalen Finanzhaushalt zukommen. Der in der NFA enthaltene weitgehend zweckfreie Transfer der staatlichen Mittel an die Kantone erhöht den Spielraum bezüglich Mitteleinsatz. Um einen wirtschaftlich sinnvollen Einsatz zu erzielen, ist eine Ausrichtung der Transferzahlungen nach strengen Effizienz- und Effektivitätskriterien (**return on investment**) notwendig. Es sind deshalb entsprechende Instrumente und Kriterien bei der kantonalen Budgetplanung vorzusehen.

Die strukturellen Entwicklungen in den **peripheren Regionen belasten nach wie vor den Haushalt**. Angesprochen sind der anhaltende Verlust von Arbeitsplätzen, hohe Infrastrukturkosten oder der Erneuerungsbedarf für kleine und Kleinstgemeinden (Kosten der Weite). Bei nachlassender Konjunktur ist eine erneute erhebliche Belastung der Kantonsfinanzen nicht auszuschliessen. Die strukturelle Anpassung der Infrastruktur an die künftigen finanziellen Möglichkeiten des Kantons ist weiter voranzutreiben.

Fazit

Die im Wirtschaftsleitbild angeführten Handlungsvorschläge haben auch aus aktueller Sicht nach wie vor Gültigkeit. Der Umgang mit den Mitteln aus der NFA stellt eine der grössten Herausforderungen der künftigen Finanzpolitik des Kantons dar.

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
1 Wiedererlangen der Investitionsfähigkeit des Staates	Eingeschlagener Weg bewährt sich, weiter so!  Steuerwettbewerb als Chance ansehen und Potenziale nutzen. NFA als Chance für weitere Verbesserungen nutzen.

Legende:  gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen bzw. Erfolg nicht preisgeben  geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar  unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig  Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank

3.2 Stossrichtung 2: Konzentration der kommunalen/regionalen Politik und Verwaltung, um die Qualität zu erhöhen und die Kosten zu senken

Worum geht es?

Das WLB fordert eine Bereinigung der staatlichen Organisationsstrukturen, weil Graubünden mit den kleinen Gemeinden seine Wachstumspotenziale nicht genügend ausschöpfen kann. Nachteile erfahren Kleingemeinden insbesondere hinsichtlich der Professionalität ihrer Behörden sowie bei regional bedeutenden Entscheiden, die von mehreren konkurrierenden Gemeinden getroffen werden müssen.

Was stellen wir heute fest?

Die **Neuorganisation des Staatswesens** ist eine schwierige und langwierige Aufgabe. Sie ist stark **von Emotionen und scheinbaren kulturellen Eigenheiten geprägt**. Zudem treten oft die **Behördenvertreter** (systembedingt?) bei Gemeindefusionen **stärker auf die Bremse als das Volk**. Es ist sehr schwierig, eine rationale Diskussion mit langfristigem Blickwinkel zu führen. Oft wird in den Diskussionen die **Gemeindeautonomie mystifiziert** und höher gewichtet als die Möglichkeit, Wohlstand für die Bevölkerung durch die Ausschöpfung von regionalen Potenzialen zu schaffen.

Bislang setzte der Kanton auf Anreize zu einer freiwilligen Reorganisation der Gemeinden. Die Bilanz ist jedoch ernüchternd (z.B. Surses), auch wenn gerade in den letzten zwei bis drei Jahren einige vielversprechende Bewegungen (z.B. Val Müstair, Andeer/Schams, Bergell) in die Wege geleitet wurden.

Was sollte geschehen?

Mit dem neuen **kantonalen Finanzausgleich** sollen stärkere Anreize für eine zeitgemässe Organisation der kommunalen Verwaltungsstrukturen geschaffen werden. Es handelt sich dabei um eine der zentralen Forderungen aus dem WLB. Da bisher die Politik nicht gewillt war, eine Bereinigung von Gemeindestrukturen entschlossen voranzutreiben, ist zu hoffen, dass über den Finanzausgleich entsprechende Anreize gesetzt werden können. Derzeit stehen die Zeichen dafür gut. Wichtig ist nun, dass die im vorliegenden Neuen Finanzausgleich (NFA) gesetzten Ziele durch den Kanton konsequent umgesetzt werden.

Bisher wurde primär der Zusammenschluss von Klein- und Kleinstgemeinden thematisiert. Aus dem Blickwinkel der Standortentwicklung ist aber vor allem wichtig, dass sich **starke Gemeinden stärker in funktional zusammen gehörende Räume integrieren**, um das vorhandene Potenzial optimal auszuschöpfen (z.B. Gemeinden des Agglomerationsraums Chur, Gemeinden des Oberengadins). An dem im Wirtschaftsleitbild formulierten Ziel, die Anzahl Gemeinden auf maximal 70 zu reduzieren, sollte aus aktueller Sicht festgehalten

werden⁵. Hier sind Kanton und Gemeinden im gleichen Ausmass gefordert, die notwendigen Strukturanpassungen konsequent voranzutreiben.

Das Abstimmungsergebnis bei der **Initiative „80 Grossräte sind genug“** hat gezeigt, dass das Volk durchaus auch für eine Strukturbereinigung in der kantonalen Politik offen wäre. Es wäre zu überprüfen, ob die gesamte Staatsorganisation (von der Regierung über den Grossen Rat bis zu den Regionen, Bezirken, Kreisen und Gemeinden) radikal vereinfacht werden könnte. Denn die bestehenden Strukturen gehen auf eine Zeit mit ganz anderen Rahmenbedingungen, Bedürfnissen und Veränderungstempi zurück. Ziel müsste es sein, mit den beiden Verwaltungsstufen Gemeinde und Kanton auszukommen. Ein entsprechender Prüfungsauftrag könnte durch das Parlament formuliert werden.

Es hat sich gezeigt, dass Gemeindefusionen häufig an der Verteilung der Erträge aus der Wasserkraft scheitern. Um auch dieses Hindernis zu beseitigen, muss die **künftige Verteilung der Wasserzinsen** im Zusammenhang mit Begehren zu deren Erhöhung thematisiert werden.

Fazit

Die Entwicklung der Verwaltungsstrukturen bleibt zwar ein zentraler, aber auch hindernisreicher Prozess. Bisher ist der entscheidende Durchbruch ausgeblieben, was den Handlungsbedarf laufend erhöht.

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
2 Konzentration der kommunalen/regionalen Politik und Verwaltung, um die Qualität zu erhöhen und die Kosten zu senken	Handlungsbedarf teilweise erkannt.  Diskussion läuft, die Umsetzung geht aber nur schleppend voran. Das Volk ist zum Teil aufgeschlossener als die politischen Mandatsträger. Das Reformtempo ist zu erhöhen.

Legende: ✓ gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen bzw. Erfolg nicht preisgeben ⚡ geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar 🌀 unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig ⚠ Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank

⁵ Der Kanton Graubünden zählt aktuell 203 Gemeinden (Stand 1.1.2008)

3.3 Stossrichtung 3: Öffentliche Investitionen nach volkswirtschaftlichem Nutzen priorisieren

Worum geht es?

Das WLB fordert eine konsequente Ausrichtung der staatlichen Investitionen am volkswirtschaftlichen Nutzen. Unter anderem wurde eine regionale Profit-Center-Rechnung sowie eine obligatorische Investitionsrechnung mit ausgewiesener volkswirtschaftlicher Kosten-Nutzen-Analyse verlangt.

Was stellen wir heute fest?

In den letzten Jahren sind **kaum grosse Investitionen** angefallen, **die in krassem Missverhältnis** zum Grundsatz des **volkswirtschaftlichen Nutzens** stehen würden.

Mit der NFA hat der Handlungsspielraum des Kantons bei der Mittelverwendung zugenommen, was auch die Verantwortung für den Umgang mit den Transferzahlungen des Bundes deutlich erhöht hat.

Trotz der gestiegenen Verantwortung vor dem Hintergrund der NFA hat das Parlament es bisher **unterlassen, die geforderten Instrumente im Sinne der Transparenz zu institutionalisieren**.

Was sollte geschehen?

Auch wenn eine offene Diskussion über volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Relationen heute noch häufig vermieden wird, schwingt das Thema bei jedem Entscheid mit. Die zunehmende **Divergenz zwischen potenzialstarken und potenzialschwachen Regionen** wird die Diskussion insbesondere auch für kleinere Investitionen (z.B. im Verkehr) in peripheren Gebieten weiter fordern. Parlament und Regierung sind gefordert, unliebsame Fragen offen anzusprechen, um eine sachliche Diskussion zu ermöglichen.

Im Zusammenhang mit potenzialarmen Regionen wurde in der Vergangenheit klar, dass die vergangenen und aktuellen Ansätze kaum geeignet sind, um nachhaltige Entwicklungsprozesse auszulösen. Aus diesem Grund gilt es für diese Regionen zusammen mit Kanton und Bund darüber nachzudenken, ob allenfalls „**Sonderwirtschaftszonen**“ einzurichten wären, die beispielsweise in der Agrar-, Forst-, Raum- und Fiskalpolitik andere (besser geeignete) Regeln ermöglichen, als sie für die übrige Schweiz gelten.

Für die Mittelverwendung aus dem **NFA** wird künftig nicht nur eine regionale, sondern auch eine sektorale Diskussion notwendig sein. Zu diesem Zweck sollten **einfache, transparente Instrumente** für entsprechende Investitionsentscheide geschaffen werden.

Der Verzicht auf eine Regional- und Wirtschaftspolitik nach dem Giesskannenprinzip **verlangt von der Politik Mut zur Fokussierung**. Dies kann beispielsweise auch bedeuten,

dass zur Strukturverbesserung einzelbetriebliche Förderungen notwendig sind, wie sie im Fall der Holzwirtschaft praktiziert wurden.

Fazit

Die öffentliche Diskussion zeigt insgesamt, dass sich Politik und Bevölkerung zwar mit der Tragbarkeit von staatlichen Investitionen auseinandersetzen, die Diskussion um den Nutzen von gewissen Themen teilweise jedoch durchaus kritischer und transparenter verlaufen könnte.

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
3 Öffentliche Investitionen nach volkswirtschaftlichem Nutzen priorisieren	Keine markanten Fehlallokationen festgestellt.  Nach wie vor wenig transparente Beurteilung von Investitionen bezüglich ihres volkswirtschaftlichen Nutzens.

Legende: ✓ gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen bzw. Erfolg nicht preisgeben ⬆ geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar 🌀 unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig ⚠ Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank

3.4 Stossrichtung 4: Sicherstellung einer attraktiven überregionalen Verkehrsanbindung

Worum geht es?

Das WLB fordert eine **verbesserte Anbindung an die zentralen Absatz- und Arbeitsmärkte**. Dies soll insbesondere durch eine verbesserte Verkehrserschliessung zu den Grossräumen Zürich, Süddeutschland (v.a. München und Stuttgart) und Oberitalien (v.a. Mailand) sichergestellt werden.

Was stellen wir heute fest?

Mit dem erfolgten **Ausbau des Schienenverkehrs im Raum Thalwil – Zürich in Kombination mit dem Ausbau des Bahnhofs Chur** profitiert Graubünden von kürzeren Reisezeiten zwischen Zürich und Chur. Dies ermöglicht insbesondere eine bessere Anbindung des Wohnstandorts Graubünden an den Arbeitsplatzstandort Zürich (Arbeitspendler). Bereits absehbar ist zudem die Einführung eines Halbstundentaktes zwischen Chur und Zürich.

Die **Aufnahme der Prättigauer- und Julierstrasse** als Grundnetzstrassen im Sachplan Verkehr durch den Bund hat die Möglichkeiten für die Finanzierung der Erschliessung wichtiger Tourismusgebiete verbessert.

Keine wesentlichen Verbesserungen konnten bisher bei der **Anbindung an die wichtigen Zentren in Süddeutschland und an Mailand** festgestellt werden.

Obwohl die Bedeutung des **Flugverkehrs für Tourismus und Arbeitsverkehr** zugenommen hat, sind **wenige Fortschritte** in der Anbindung an die Flughäfen Zürich und Mailand erfolgt. Private Dienstleister und Graubünden Ferien bieten inzwischen ein beschränktes Shuttle-Angebot nach Zürich und Friedrichshafen an.

Was sollte geschehen?

Durch die **Westumfahrung Zürich** rückt die Mittellandregion westlich von Zürich ab Mai 2009 wesentlich näher. Gelingt es, diese neue **potenzielle Kundschaft zu bewerben**, kann für Graubünden ein grosser zusätzlicher touristischer Absatzmarkt erschlossen werden. Dies könnte eine wichtige Verbundaufgabe der Bündner DMO's und von Graubünden Ferien werden.

Neuerdings ist die Konzessionserteilung für den touristischen Transfer von Fluggästen gesetzlich verankert. Somit vereinfacht sich zum Beispiel die Einrichtung von **direkten Shuttleverbindungen (Autobusse und Helikopter bzw. Kleinflugzeuge) zwischen Flughäfen und Destinationen/Hotels**. Dies ermöglicht den Bündner Tourismusorten den verbesserten Zugang zum internationalen Ferienfluggeschäft.

Nach wie vor wird einer besseren Zugverbindung zum **Raum München ein hohes Potenzial** eingeräumt. Inzwischen haben Deutschland und die Schweiz eine Absichtserklärung zur Erstellung eines Korridors Zürich-München unterzeichnet, welcher ab 2015 die Strecke um eine Stunde verkürzen soll. Ob dereinst eine direkte Verbindung München-Chur zustande kommt, bleibt allerdings noch offen. Aus Bündner Sicht sollte diese Lösung weiter angestrebt werden.

Im Rahmen des kantonalen Projektes „**Neue Verkehrsverbindungen**“ wird die Machbarkeit künftig zu realisierender grösserer Verkehrsprojekte geprüft. Unter anderem werden dabei die Projektideen RhB-Strecke Landquart-Klosters/Davos, Erschliessungsprojekt Lenzheide sowie Projekt Zu(g)kunft Zürich-Chur im Rahmen von Machbarkeitsstudien konkretisiert. Es gilt bei solchen Ideen, in der politischen Argumentation und Priorisierung zu unterscheiden zwischen Projekten, die in erster Linie innovativ sind (z.B. Porta Alpina, Verbindung Unterengadin-Vinschgau), und solchen, die eine echte Verbesserung der grossräumigen Erschliessung des Kantons erwarten lassen.

Im Zusammenhang mit einer verbesserten Anbindung des Kantons Graubünden an die Grossräume Zürich, München und Mailand sowie deren Verbindung untereinander ist die **Vision „Rail Grischun“** zu erwähnen. Diese sieht ein auf den Personenverkehr ausgelegtes Bahntunnelsystem zwischen Chur, Davos, Samedan und Colico am Comersee vor, und soll im Endausbau München und Mailand in weniger als 3 Stunden, und zum Beispiel Zürich – St. Moritz in 1 Stunde 15 Minuten verbinden.

Fazit

Insbesondere bei der Schienenverbindung nach Zürich konnten eindeutige Erfolge erzielt werden. Die Einbindung von Prättigauer- und Julierstrasse in das Grundstrassennetz darf ebenfalls positiv gewertet werden. Wesentliche Herausforderungen bleiben die Anbindung an den europäischen Incoming-Ferienflugverkehr sowie an die Grossräume München und Mailand.

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
4 Sicherstellung einer attraktiven überregionalen Verkehrsanbindung	Erfreuliche Entwicklungen bzgl. Grossraum Zürich, bzgl. nahe gelegenes Ausland kaum Resultate  Herausforderungen Raum Süddeutschland und Oberitalien sowie Anbindung an europäischen Flugverkehr

Legende: ✓ gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen bzw. Erfolg nicht preisgeben ⬆ geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar 🌀 unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig 🏦 Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank

3.5 Stossrichtung 5: Verbessern der Qualität und Vielfalt des Bildungsangebots

Worum geht es?

Das WLB fordert eine bewusste Integration der Interessen des Wohn- und Wirtschaftsstandorts in die Bildungspolitik. Das Bildungssystem soll vor allem den Bedürfnissen einer modernen, mobilen Gesellschaft entsprechend ausgestaltet werden. Zentrale Ansprüche sind die verbesserte Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulsystemen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie ein leistungsfähiger Fachhochschulstandort Chur.

Was stellen wir heute fest?

Der **Fachhochschulstandort Graubünden** konnte sich national mittlerweile vor allem im Bereich Wirtschaft festigen, während der technische Bereich im interkantonalen Wettbewerb eher schwach positioniert ist.

Mit der neu gegründeten „**Stiftung für Innovation, Entwicklung und Forschung**“ möchte der Kanton den **Wissens- und Technologietransfer** weiter fördern. Unterstützend könnte diesbezüglich die Ansiedlung des Centre Suisse d'Electronique et de Microtechnique SA (CSEM), welches im Bereich der Nanomedizin tätig ist, wirken.

Der Kanton hat sich nicht gescheut, regionalpolitisch unangenehme Entscheide zu fällen (z.B. Fachschule für Pflege Ilanz), um **Bildungsstandorte zu bündeln und die Organisation der Bildungslandschaft zu vereinheitlichen** (u.a. mit dem Institut für berufliche Weiterbildung oder dem Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales).

Internationale Schulen und Internate, welche **Bildungsexport** betreiben, können sich weiterhin am Markt behaupten. Stärkend wirkt diesbezüglich der beschlossene Erhalt des Untergymnasiums.

Was sollte geschehen?

Die **Vereinheitlichung der Bildungssysteme** und **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** werden auch in Zukunft zentrale Themen der Bildungspolitik sein. Mit der angestrebten **interkantonalen Harmonisierung des Schulsystems** (HarmoS) wird ein Schritt in Richtung interkantonale Durchlässigkeit erfolgen, was der wachsenden Mobilität der Bevölkerung Rechnung trägt. Gerade an der Initiative HarmoS ist allerdings zu bemängeln, dass **Graubünden mit den auf Primarschulstufe gelehrt Fremdsprachen weiterhin einen Sonderzug** fährt, der die aus Sicht der Wirtschaft notwendige interkantonale Mobilität behindert. HarmoS erachten wir als Chance, um Graubünden als attraktiven Standort für die „mobile Familie“ zu positionieren.

Grundsätzlich sollte im Kanton Graubünden im Bezug auf die tertiäre Bildung (höhere Berufsbildung und Hochschulen) ein **integriertes Bildungssystem** angestrebt werden. Dieses soll sich stärker an den **Bedürfnissen der Bündner Wirtschaft orientieren**. Ein wichtiges Ziel ist in diesem Zusammenhang ein ausgewogenes Verhältnis an Hochschulabgängern und soliden Fachkräften. Von Bedeutung ist eine marktorientierte Ausbildung nicht zuletzt für den Tourismus mit seinen vor- und nachgelagerten Sektoren.

Zusätzlich sollte eine weitere Stärkung des **Fachhochschulstandorts Chur** angestrebt werden, allenfalls auch durch eine Attraktivierung der Räumlichkeiten („Campus“). In diesem Zusammenhang gilt es allgemein im Sinne der Stärkung des Bündner Rheintals **die Ausbildung auf Ebene Fachhochschulen im Bereich Technologien** deutlich zu stärken. Ziel müsste es sein, hoch attraktive Ausbildungslehrgänge zu entwickeln, die mit international führenden Industrieunternehmen und Forschungsinstitutionen vernetzt sind.

Die markanten **Geburtenrückgänge** in allen Regionen Graubündens werden sich unweigerlich in 10 – 15 Jahren in stark sinkenden Schülerzahlen niederschlagen. Dieser Tatsache sollte proaktiv nach dem Motto: „zentral auf individuelle Bedürfnisse eingehen statt dezentrale minimale Einheitsbildung betreiben“ mit einer tendenziellen Zentralisierung der Grundbildung begegnet werden.

Fazit

Im Bereich Bildungspolitik wurden einige Reformen angepackt und die Zukunft der Schulen breit thematisiert. Der Beitritt zum Konkordat HarmoS verspricht eine gute Entwicklung in

Richtung einer verbesserten interkantonalen Durchlässigkeit, wobei es einer stärkeren Harmonisierung bzgl. der Fremdsprachen bedarf. Eine grosse Herausforderung kommt infolge der aktuell beobachtbaren Geburtenrückgänge in peripheren Räumen auf Graubünden zu.

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
5 Verbessern der Qualität und Vielfalt des Bildungsangebots	<p>Fachhochschulstandort Chur verstärkt im Bereich Technologie positionieren. </p> <p>HarmoS bietet Chancen für die Anpassung des Bildungssystems an eine moderne, mobile Gesellschaft.</p> <p>Bedürfnisse der Bündner Wirtschaft sollen durch ein integriertes Bildungssystem erfüllt werden.</p> <p>Geburtenrückgang in den Regionen als Herausforderung.</p>

Legende: ✓ gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen bzw. Erfolg nicht preisgeben  geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar  unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig  Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank

3.6 Stossrichtung 6: Impulsprogramm „Innovationen im Bündner Tourismus“

Worum geht es?

Das WLB schlägt ein Impulsprogramm zur Förderung von Innovationen im Bündner Tourismus vor. Im Zentrum stehen dabei die Reformierung der Tourismusvermarktung sowie die Bildung von betriebsübergreifenden Tourismusprodukten (z.B. Golfplätze, Naturpärke) in Graubünden.

Was stellen wir heute fest?

Die Tourismusreform, die der Kanton als Reformpaket in Angriff genommen hat, um die Strukturen zu bereinigen und die Wirksamkeit der eingesetzten Marketingmittel zu erhöhen, **befindet sich auf Kurs**: 5 DMO's und einige zTO's⁶ befinden sich im Aufbau. Es bestehen gute Chancen, dass die Reduktion von ca. 90 Tourismusorganisationen auf deren 14 gelingt. Das Potenzial für eine effizientere Organisation steigt somit markant. Ein weiteres Kernelement der Reform ist die Einführung einer **kantonalen Tourismusabgabe (KTA)**,

• _____

⁶ Im Rahmen der kantonalen Tourismusreform wurden die regionalen Tourismusorganisationen reorganisiert. In Zukunft gibt es zwei Typen von Tourismusorganisationen Destinationsmanagementorganisationen (DMO's) und zukünftige Tourismusorganisationen (zTO's). Hauptkriterium zur Bildung einer DMO oder einer zTO ist die unterschiedliche Grösse (Anzahl Logiernächte, Höhe des Marketingbudgets).

die die Ausdehnung der Tourismusfinanzierung auf den ganzen Kanton ausdehnt und die Mittelverwendung auf Ebene der Tourismusorganisationen sicherstellen soll.

Bezüglich **Produktentwicklung** konnten **positive Initiativen** festgestellt werden (ausgewählte Beispiele): Es wurden verschiedene Golfplätze neu geplant, gebaut oder ausgebaut (z.B. Brigels, Sagogn, Klosters). Die Luxushotellerie hat massiv in neue Wellnessprodukte investiert. Verschiedene regionale Naturpärke befinden sich in Planung. Die RhB wurde mit der Albula- und Berninalinie in das Weltkulturerbe-Verzeichnis der UNESCO aufgenommen. Die Destinationen Lenzerheide, Flims-Laax und Engadin/St. Moritz organisieren abwechselnd internationale Skirennen auf Topniveau. St. Moritz ist zudem der Schweizer Kandidat für die Skiweltmeisterschaften 2015, 2017 und 2019.

Die Initiative zu einer vermehrten Nutzung und verbesserten Marktdurchdringung der Marke Graubünden ist auf gutem Weg. In Zusammenhang mit der Tourismusreform haben sich einige Tourismusregionen entschlossen, sich unter der Dachmarke Graubünden zu vermarkten.

Was sollte geschehen?

Die **Tourismusreform** allein wird noch keinen wirtschaftlichen Erfolg garantieren. Es gilt, die touristische Vermarktung wirksamer zu gestalten. Gleichzeitig müssen die neu geschaffenen Organisationen den Einsatz der Marketinggelder kritisch überprüfen und optimieren. Die Strukturreform legt dazu lediglich die Basis.

Die KTA stellt ein integraler Bestandteil der Tourismusreform dar. Um die notwendige, kritische Budgethöhe für das Destinationsmarketing zu erzielen, ist die Einführung ausschlaggebend zur Erreichung der Ziele der Reform. Ein entscheidender Vorteil bietet die KTA dadurch, dass flächendeckend diejenigen Akteure besteuert werden, die vom Tourismus profitieren und die Hoheit über den Mitteleinsatz dort ist, wo sie gebraucht werden.

Die beim Bund als regionale Naturpärke eingereichten Projekte Parc Ela und Val Müstair wurden haben grünes Licht zur Errichtung erhalten. Aus Sicht des Wirtschaftsstandorts ist unbedingt darauf zu achten, dass nicht nur die Schutzinteressen durchgesetzt werden. Regionale Naturpärke sollen als touristische Produkte verstanden und als solche umgesetzt werden. Das heisst, es sind **touristisch vermarkt-, konsumier- und bezahlbare Produkte bzw. Infrastrukturen** in und um die Pärke herum zu realisieren.

Fazit

Mit der **Tourismusreform** werden derzeit die Grundlagen für eine erfolgreichere Tourismusvermarktung geschaffen. Es gilt, diese künftig zu nutzen, die Tourismusvermarktung laufend kritisch auf ihre Fortschritte zu überprüfen und, wo notwendig, den Erfahrungen anzupassen.

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
6 Impulsprogramm „Innovationen im Bündner Tourismus“	Strukturreform auf Kurs.  KTA ist notwendig. Zahlreiche Tourismusprojekte in Diskussion. Fragezeichen bezüglich der Ausgestaltung der Naturpärke.

Legende: ✓ gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen bzw. Erfolg nicht preisgeben ⬇️ geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar 🌀 unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig 🏦 Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank

3.7 Stossrichtung 7: Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung des Tourismus verbessern

Worum geht es?

Nebst einem Impulsprogramm fordert das WLB die **Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen** in den Tourismus. Konkret angesprochen werden unter anderem eine Strukturbereinigung in der Bergbahnbranche, neue Ansätze in der Destinationsentwicklung und die Zweitwohnungspolitik.

Was stellen wir heute fest?

In den letzten Jahren **stieg das Interesse an Investitionen in den Tourismus** stark an. Primär wurden Zweitwohnungen im oberen Preissegment nachgefragt.

Im Gegensatz zu den 90er Jahren, als kaum ein relevantes Hotelprojekt realisiert wurde, sind in den letzten 5 Jahren **reihenweise grosse Hotelprojekte angekündigt** worden. Leider wurden bisher nur wenige dieser Projekte realisiert. Für den Verzicht auf Projekte gibt es zahlreiche Gründe, wie zum Beispiel der Widerstand der Umweltlobby oder der einheimischen Bevölkerung, nicht verfügbare Flächen/Zonen, unseriöse Investoren, die Lex Koller oder raumplanerische Einschränkungen. Trotz diesen Widerständen ist das Interesse insbesondere von ausländischen Investoren und Tourismusunternehmen weiterhin gross, in Graubünden tätig zu werden.

Bezüglich des **Zweitwohnungsbaus** fand eine intensive Diskussion statt, die in die richtige Richtung geht. Heute werden in verschiedenen Destinationen (Klosters, Davos, Oberengadin etc.) Ideen zur künftigen Zweitwohnungspolitik konkretisiert.

In der **Bergbahnbranche** fand eine eigentliche Strukturbereinigung statt, die immer noch anhält. Es sind verschiedene starke Bergbahngesellschaften entstanden, die in der Lage sind, die touristische Entwicklung ihrer Destinationen voranzutreiben (z.B. Davos, Oberengadin, Lenzerheide).

Was sollte geschehen?

Wichtigste Herausforderung dürfte die **Ausgestaltung sinnvoller Anreize für die künftige Destinations- und Zweitwohnungsentwicklung** sein. Dabei ist der Einsatz von neuen Instrumenten wie Lenkungsabgaben oder die Schaffung von strategischen Ansiedlungsflächen⁷ unumgänglich. Eine intensive Diskussion zwischen Tourismuskernwirtschaft und Immobilienwirtschaft ist notwendig; sie soll lokal initiiert werden.

Als zweite wesentliche Herausforderung sehen wir die **Realisierung von nachfragegerechten Beherbergungskapazitäten in den Tourismusorten**. Es gilt, das aktuelle Investoreninteresse zu nutzen und marktgerechte Projekte zu realisieren (und nicht nur zu diskutieren). Um solche Projekte umzusetzen, sind raumplanerische Freiräume zu schaffen und geeignete Flächen verfügbar zu machen. Allenfalls braucht es dazu in **Tourismusorten eine Melioration der Tourismusflächen**. Hier sind **die Gemeinden gefordert**, entsprechende Überlegungen anzustellen und Massnahmen zu treffen. Zusätzlich ist die Betriebsstättendefinition im Rahmen der Lex Koller anzupassen (was derzeit beim Bund geprüft wird)⁸. Diese Aufgabe obliegt dem Kanton in Zusammenarbeit mit dem Bund.

Fazit

Insgesamt sind die Herausforderungen der Zweitwohnungspolitik und der Schaffung von nachfragegerechten Beherbergungskapazitäten (Hotellerie und Parahotellerie) erkannt. Instrumente sind bekannt. Es gilt nun, in die Umsetzungsphase einzutreten.

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
7 Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung des Tourismus verbessern	Probleme sind erkannt.  Realisierungsphase ist einzuleiten.

Legende: ✓ gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen bzw. Erfolg nicht preisgeben ⬆ geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar 🌀 unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig 🏠 Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank

•

7 Das Wirtschaftsforum Graubünden schlägt ausserdem zur Begrenzung der Zweitwohnungsbaus eine sogenannte qualifizierte Kontingentierung vor. Die Anzahl pro Jahr bewilligter Wohnungen würde kontingentiert und die zu vergebenden Kontingente anschliessend in einer bestimmten Reihenfolge vergeben, z.B. wie folgt: 1. kommerzielle Beherberger, 2. ortsansässige, Arbeitgeber, 3. weltweite Investoren, 4. freier Handel. Somit könnte erreicht werden, dass gewünschte Nutzungsformen bei der Beschaffung von Bauland bevorzugt behandelt werden.

8 Die Ansiedlung von kommerziell bewirtschafteten alternativen Beherbergungsformen (z.B. Ferienwohnungsresorts wie Feriendörfer, Mischformen zwischen Hotels und Ferienwohnungen wie serviced apartments) sind bei ausländischen Investoren sehr übliche Konzepte und in den Tourismusorten dank ihren meist hohen Frequenzen erwünscht. Gemäss der aktuellen Betriebsstättendefinition in der Lex Koller sind diese Konzepte jedoch nicht zum Erhalt einer Baubewilligung legitimiert.

3.8 Stossrichtung 8: Ausschöpfen des Potenzials im Bündner Rheintal, Domleschg, vorderen Prättigau und in der Mesolcina

Worum geht es?

Das WLB schlägt eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Ausschöpfung der Entwicklungspotenziale für Industrie- und Dienstleistungsexporte (exkl. Tourismus) an den Standorten Bündner Rheintal, Domleschg, vorderes Prättigau und in der Mesolcina vor. Dies soll vor allem durch steuerliche Anreize, aktive Ansiedlungsbestrebungen oder eine verbesserte Verkehrsanbindung geschehen.

Was stellen wir heute fest?

Insgesamt profitiert die Industrie von einer **guten Konjunkturphase** und einem **attraktiven Wechselkurs CHF/EUR**. Die internationale Handelsbilanz des Kantons Graubünden (traditionell positiv) hat sich seit 2002 denn auch verdreifacht, was ein gutes Zeichen für die Stärke der Bündner Exportwirtschaft ist.

Per 2008 wurden die **Steuern** der juristischen Personen um ca. 50% reduziert. Dies ist ein lang ersehnter Schritt zur Attraktivierung Graubündens für wertschöpfungsstarke Unternehmen. Dennoch liegt Graubünden bezüglich Steuerbelastung im interkantonalen Vergleich nur im Mittelfeld. Weitere Steuersenkungen sind anzustreben.

Für die Ansiedlung von grösseren Betrieben fehlen nach wie vor verfügbare, zusammenhängende **industrielle Flächen**. Zwar konnte beispielsweise mit „Tardisland“ eine strategische Fläche mit grösserem Ausmass geschaffen werden. Es gilt aber darauf zu achten, dass solche wertvollen Flächen als strategische Trümpfe verstanden werden, die vor allem für die Ansiedlung von exportorientierten Betrieben mit hoher Wertschöpfung ausgespielt werden sollen.

Für die Ansiedlung grösserer Industrie- und Dienstleistungsbetriebe stellt die **Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal** nach wie vor einer der Hauptengpässe dar.

Was sollte geschehen?

Für den Standort wäre es vorteilhaft, wenn nochmals **zwei bis drei strategische Flächen** in geeigneter Grösse für die zielgerichtete Ansiedlung von exportorientierten Unternehmen entlang der A13 geschaffen werden könnten sowie eine aktive Ansiedlungspolitik betrieben würde. Die Schaffung solcher Flächen stellt eine Gemeinschaftsaufgabe des Kantons und der betroffenen Gemeinden bzw. Regionen dar.

Die **Agglomeration Bündner Rheintal** wird weiter zusammenwachsen. Mit der zunehmenden Verflechtung der einzelnen Gemeinden stellt sich immer mehr die Frage, wie eine

Gesamtkonzeption des Bündner Rheintals, beispielsweise im Sinne einer ländlichen Stadt, aussehen könnte. Gemeinden und Kanton sind hierbei angesprochen.

Der **interkantonale Steuerwettbewerb** zwingt alle Kantone zur laufenden Optimierung der Steuerbelastung. Auch Graubünden wird sich diesem Wettbewerb nicht entziehen können. Gemeinden und Kanton sind gleichermassen gefordert zu überlegen, wie die Steuern weiter gesenkt werden können.

Der **Engpass für die Rekrutierung von qualifiziertem Personal** kann längerfristig durch den Staat beeinflusst werden. Als mögliche Massnahmen sind der Aufbau von international ausgerichteten technologieorientierten Ausbildungen auf Fachhochschulniveau, die Installation von Technologieparks sowie alle Massnahmen, welche die gesellschaftliche Mobilität fördern (z.B. HarmoS, tiefe Steuerbelastung, verfügbare Wohnfläche, Kinderkrippen), zu erwähnen.

Fazit

Insgesamt ist eine positive Entwicklung erkennbar. Eine grosse Herausforderung besteht in der Schaffung einer potenzialorientierten Raumplanung für das Gebiet Bündner Rheintal, welche eine Weiterentwicklung in die erwünschte Richtung ermöglichen würde.

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
8 Ausschöpfen des Potentials im Bündner Rheintal, Domleschg, Vorderen Prättigau und in der Mesolcina	Insgesamt positive Entwicklung.  Verbesserte Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale möglich (z.B. über eine kommunal übergreifende potenzialorientierte Raumplanung).

Legende:  gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen bzw. Erfolg nicht preisgeben  geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar  unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig  Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank

3.9 Stossrichtung 9: Wertschöpfung der Agrar- und Forstproduktion erhöhen

Worum geht es?

Das WLB fordert eine höhere Wertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft. Gerade für periphere, touristisch wenig geprägte Regionen stellen diese Branchen eine bedeutende Einnahmequelle dar, sind aber **einem kontinuierlichen Strukturbereinigungsprozess unterworfen**. Wo möglich soll in Zukunft eine vermehrte Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale in der Wald- (kontinuierliche Nutzung des Aufwuchs) und Landwirtschaft (Nahrungsmittelspezialitäten) erzielt werden.

Was stellen wir heute fest?

Die **Bündner Waldwirtschaft** erlebt zurzeit durch eine **weltweite Nachfragezunahme** und durch die **Ansiedlung der Firma Stallinger in Domat-Ems** einen Aufschwung. Es hat sich jedoch gezeigt, dass besonders die **vorgelagerten Strukturen** (Waldwirtschaft) zu schwach entwickelt sind, um von diesem Aufschwung zu profitieren.

Die Situation in der Landwirtschaft hat sich kaum verändert. **Dies unterliegt weiterhin einem Strukturbereinigungsprozess**. Obwohl die Nahrungsmittelpreise weltweit steigen, sind die Kosten der Bündner Landwirtschaft noch bei weitem nicht wettbewerbsfähig.

Aufgrund der bilaterale Verträge I mit der EU wurde per 1. Juni 2007 der **Käsemarkt** vollständig geöffnet. Es zeichnet sich als Folge daraus eine tendenzielle Erhöhung des Käseexports aus der Schweiz und aus Graubünden ab, aber auch eine zunehmende Konkurrenz aufgrund steigender Importe.

Um die Vermarktung der gesamten Palette von Bergprodukten zu verbessern, ist derzeit unter anderem eine **Vermarktungsorganisation im Aufbau (Alpinavera)**.

Was sollte geschehen?

Im Bereich der Forstwirtschaft empfiehlt es sich, die positiven Entwicklungen in der Waldwirtschaft für einen weiteren Schritt nach vorne zu nutzen. Möglichkeiten, die **Strukturen der vorgelagerten Betriebe** (insb. gemeindeeigene Sägereien und Waldbewirtschaftung) zu verbessern, sind zu nutzen. Hier sind insbesondere die Gemeinden gefordert, ihre Waldwirtschaftsstrukturen zu überprüfen und an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Weiter sollte geprüft werden, ob **der Sägereiwirtschaft nachgelagerte Betriebe** angesiedelt werden können.

Die Bündner Landwirtschaft wird mittelfristig weiterhin stark durch die Agrarpolitik geprägt bleiben. Trotz intensiver Diskussion um die Notwendigkeit und das Ausmass der **Agrarstützung** ist davon auszugehen, dass der Gesamtzahlungsrahmen auf längere Sicht beibehalten wird.

Bezüglich Produktionsausrichtung werden in den nächsten Jahren einige Umwälzungen erwartet. Per 1. Mai 2009 wird die **Milchkontingentierung** aufgehoben. Es ist zu erwarten, dass die Produktion gesamtschweizerisch ausgedehnt wird und die Konkurrenzfähigkeit der Milchproduktion in Graubünden abnimmt. Gleichzeitig sind durch den weltweiten Anstieg der Nahrungsmittelpreise auch gewisse Chancen erkennbar.

Als zunehmend problematisch erweist sich, dass **die Agrarsubventionen des Bundes kaum auf die regionalen Bedürfnisse abgestimmt** sind. Ein verstärktes Lobbying für eine Regionalisierung der eidgenössischen Agrarpolitik ist notwendig.

Die Öffnung der Märkte bringt dann einen Vorteil, wenn die Branche in der Lage ist, hochwertige Spezialitäten in grosser Menge zu exportieren. Allenfalls wäre zu prüfen, ob – nebst den traditionellen Distributoren – die **Organisation eines eigenen internationalen Distributionskanals** sinnvoll wäre.

Fazit:

Die Waldwirtschaft hat durch die Umfeldentwicklungen und die Sägereiansiedlung wesentliche Impulse erlebt, welche auf weitere Efforts und Erfolge im nachgelagerten Bereich hoffen lassen. Eine Strukturbereinigung in der vorgelagerten Stude (Waldwirtschaft) birgt weitere Potenziale.

In der Landwirtschaft sind im Moment keine klaren Tendenzen ersichtlich. In Bezug auf Markterschliessung und Ausrichtung der Zahlungen sind **richtungsweisende Impulse der Politik erwünscht**. Branchen und Kanton sind gefordert, Szenarien für die Landwirtschaft zu entwickeln, um sinnvolle Reformen zu erarbeiten bzw. umzusetzen.

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
9 Wertschöpfung der <u>Forstproduktion</u> erhöhen	Grosse Impulse durch die Ansiedlung der Grosssägerei sowie positive Umfeldentwicklungen lassen Optimismus zu. 
Wertschöpfung der <u>Agarproduktion</u> erhöhen	Entwicklung bleibt ungewiss. Politik ergreift keine richtungsweisende Initiative. 

Legende: ✓ gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen bzw. Erfolg nicht preisgeben ◊ geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar ⚡ unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig 🕸 Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank

3.10 Stossrichtung 10: Ausbau der Wasserkraftkapazitäten

Worum geht es?

Das WLB fordert eine verstärkte Ausschöpfung des Potenzials in der Energiewirtschaft primär über den Ausbau bzw. die Optimierung der Wasserkraftanlagen.

Was stellen wir heute fest?

Im Zusammenhang mit der Ölpreissteigerung haben sich die **Strompreise**⁹ in den letzten 7 Jahren ungefähr **verdoppelt**.

- _____

⁹ Strompreis 2000 (Peak-load): 4.30 Rp./kWh; Strompreis 2006: 10.04 Rp./kWh; Strompreis 2007: 8.02 Rp./kWh.

Unter dem heutigen Regime der Partnerwerkbesteuerung und der Festlegung der Wasserzinsen kann der **Wirtschaftsstandort von diesem Markttrend nicht profitieren**.

Zum **Ausbau der Energieproduktionskapazitäten** befinden sich **mehrere Projekte in Planung** (Prättigau, Valsertal, Puschlav), die eine Steigerung der produzierten Menge um 600 GWh (+8%) nach sich ziehen. Verzögernd wirken momentan vor allem die langwierigen Bewilligungsverfahren und die zum Teil zu starre Umweltgesetzgebung.

Was sollte geschehen?

Als Folge der Liberalisierung des Strommarktes stehen in der Energiepolitik wichtige Entschiede an, an denen sich der **Kanton Graubünden zum Wohl der ansässigen Energieproduktion an vorderster Front beteiligen** sollte. Wasserzinsmodell und Partnerwerkbesteuerung sind marktwirtschaftlich zu gestalten, damit der Wirtschaftsstandort Graubünden von der Liberalisierung und von den erwarteten Preissteigerungen auf den internationalen Elektrizitätsmärkten mitprofitieren kann. Die Gemeinden sollten hierbei den Kanton soweit wie möglich unterstützen, damit Lösungen im Interesse aller zustande kommen.

Es gilt zudem, Rahmenbedingungen zu schaffen, welche den **Ausbau der Stromhandelsaktivitäten** und den **Ausbau der Produktionskapazitäten** in Graubünden attraktiv machen.

Fazit

Obwohl die Elektrizitätspreise auf den internationalen Märkten stark ansteigen und die Marktzugangsregeln durch die Liberalisierungsmassnahmen grundlegend verändert werden, kann der Wirtschaftsstandort Graubünden aufgrund eines veralteten gesetzlichen Rahmens kaum davon profitieren.

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
10 Ausbau der Wasserkraftkapazitäten	Es bestehen markante Wertschöpfungspotenziale für Graubünden.  Eine grundlegende Auseinandersetzung mit den aktuellen Rahmenbedingungen ist notwendig.

Legende: ✓ gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen bzw. Erfolg nicht preisgeben
 ⚡ geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar
 🌀 unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig
 🏦 Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank

3.11 Stossrichtung 11: Fördern des Unternehmertums in Graubünden

Worum geht es?

Das WLB fordert ein erhöhtes unternehmerisches Bewusstsein von Politik und Behörden im Kanton Graubünden. Dies soll durch vermehrten unternehmerischen Freiraum, Belohnung von unternehmerischen Aktionen sowie verstärkte Integration des Themas in die Bildung erreicht werden.

Was stellen wir heute fest?

Mit bedeutenden Gesetzesänderungen haben Bund und Kanton in den vergangenen Jahren versucht, die Rahmenbedingungen so anzulegen, dass die Anreize für unternehmerisches Verhalten erhöht werden: Im Rahmen der **Neuen Regionalpolitik** sollen verstärkt Ideen und Clusters statt Infrastruktur gefördert werden und im Neuen Finanzausgleich des Bundes und demjenigen des Kantons werden die Mittel in Zukunft zweckfrei ausgeschüttet. Das bedeutet, dass der unternehmerische Freiraum in Zukunft stärker in den Vordergrund gerückt werden soll.

Im Bereich Bildung wird das Thema Unternehmertum an der **Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW Chur)** durch das Schweizerische Institut für Entrepreneurship gepflegt. Es strebt an, einerseits Wissenschaft und Wirtschaft und andererseits Theorie und Praxis stärker miteinander zu verbinden.

Insgesamt deutet aber wenig darauf hin, dass sich das unternehmerische Klima in Graubünden in den vergangenen Jahren verbessert hat. Hoch qualifizierte Bündner zieht es weiterhin in die Wirtschaftszentren ausserhalb des Kantons.

Was sollte geschehen?

Die Abwanderung qualifizierter Fachleute in die Arbeitszentren (Brain Drain) hemmt den Aufbau eines unternehmerischen Klimas. Auch deshalb ist mittelfristig kaum von einer verstärkten Unternehmensansiedlung auszugehen.

Um Anreize zu schaffen, damit gut qualifizierte, einheimische Arbeitskräfte in Graubünden bleiben und Graubünden für Unternehmensgründungen/-ansiedlungen interessant ist und für bestehende Firmen attraktiv bleibt, soll nebst den steuerlichen Anreizen und deregulatorischen Massnahmen ein eigentlicher gesellschaftlicher Paradigmenwechsel vollzogen werden. Es sollten **vermehrt Agglomerationsvorteile entwickelt** werden, die innerhalb der Wirtschaft zu positiven Effekten wie Wissens- und Erfahrungsaustausch führen, genutzt werden.

Fazit

Zur Förderung des Unternehmertums sollten in Zukunft bewusst die Lockerung von (zu) stark einschränkenden Rahmenbedingungen angestrebt und eine stärkere Zusammenarbeit von Teilregionen zur Nutzung von Agglomerationsvorteilen gefördert werden.

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
10 Fördern des Unternehmertums in Graubünden	Kaum Fortschritte erkennbar.  Verstärkte Nutzung von Agglomerationsvorteilen denkbar.

Legende: ✓ gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen bzw. Erfolg nicht preisgeben ⬇️ geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar 🌀 unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig 🏦 Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank

3.12 Stossrichtung 12: Auseinandersetzung mit der langfristigen Entwicklung des Wirtschafts- und Lebensraumes Graubünden (Zeitraum der nächsten 20 – 50 Jahre)

Worum geht es?

Die politische Realität ist geprägt von kurzfristig ausgerichteten Entscheiden, während die längerfristigen Probleme unterzugehen drohen. Die Gesellschaft soll daher bewusst dazu motiviert werden, längerfristige Probleme ins Blickfeld zu nehmen. Dazu braucht es eine entsprechende Sensibilisierung der Öffentlichkeit und den Austausch zwischen Entscheidungsträgern.

Was stellen wir heute fest?

In den letzten Jahren wurde das **Monitoring** der wirtschaftlichen Entwicklung in Graubünden intensiviert. Insbesondere das regelmässige BIP-Monitoring und Benchmarking mit anderen Regionen hilft, die wirtschaftliche Entwicklung Graubündens im Gesamtzusammenhang zu verstehen.

Nebst dem Monitoring fanden in verschiedenen Regionen intensive **Diskussionen über mögliche Szenarien** der wirtschaftlichen, räumlichen und gesellschaftlichen Entwicklung statt (z.B. Definition und Umgang mit potenzialarmen Räumen, Umsetzung der Neuen Regionalpolitik, Projekt PREGO – San Gottardo 2020).

Insgesamt kann festgestellt werden, dass aufgrund des wirtschaftlichen Drucks die **Sensibilisierung** der Bevölkerung für die anstehenden Herausforderungen deutlich **gestiegen**

ist. Probleme und Schwierigkeiten werden heute direkter angesprochen als noch vor wenigen Jahren.

Was sollte geschehen?

Es deutet vieles daraufhin, dass die **gute Konjunkturstimmung** der vergangenen Jahre die bestehenden **strukturellen Herausforderungen verdeckt hat**. Es gilt, weiterhin einen intensiven Dialog zur Wirtschaftsentwicklung mit Meinungsbildnern, Behörden und Bevölkerung aufrecht zu erhalten.

Fazit

In den letzten Jahren hat die Sensibilität von Politik, Wirtschaft und Bevölkerung für die strukturellen Herausforderungen eindeutig zugenommen. Diese Sensibilität gilt es trotz ausgezeichneter Konjunkturlage aufrecht zu erhalten. Hierzu sind nebst Verwaltung und Politik insbesondere auch Wirtschaftsverbände und ähnliche Institutionen angesprochen.

Stossrichtung	Gesamtbeurteilung
10 Auseinandersetzung mit der langfristigen Entwicklung des Wirtschafts- und Lebensraumes Graubünden (20 – 50 Jahre)	Erhöhte Sensibilität für strukturelle Herausforderungen feststellbar.  Gute Konjunkturlage könnte die Wahrnehmung verzerren.

Legende: ✓ gute Entwicklung, Resultate erkennbar, vom eingeschlagenen Weg nicht abweichen bzw. Erfolg nicht preisgeben ⬆️ geht in die richtige Richtung, Resultat noch unklar 🌀 unklare Entwicklung, vertiefte Analyse notwendig 🏦 Politik schiebt notwendige Entscheide auf die lange Bank

4 Bestimmende Trends der nächsten 20 Jahre

Die im WLB dargestellten Umfeldentwicklungen sind unseres Erachtens nach wie vor gültig. Wir denken, dass für die nächsten 20 Jahre den nachfolgend beschriebenen Trends eine zentrale Bedeutung zukommt:

- Knappe Ressourcen, Energieverteuerung und Klimawandel
- Demographischer Strukturwandel in Graubünden
- Anhaltende Globalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft

4.1 Knappe Ressourcen, Energieverteuerung und Klimawandel

Wichtigste Veränderungen

Das Wachstum der Weltwirtschaft, vor allem in den sog. BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China), hat zu einem weltweiten Anstieg der Nachfrage nach natürlichen Ressourcen geführt. Der in diesem Zusammenhang erfolgte Preisanstieg hat sich in den letzten sechs Jahren stark verschärft. Gleichzeitig gewinnt die Problematik der Klimaerwärmung – welche zu einem grossen Teil auf den Konsum von CO₂-emittierenden Energien zurückgeführt wird – an Bedeutung. Für die Zukunft wird nicht von einer Trendumkehr, sondern eher von einer Verschärfung dieser Entwicklungen ausgegangen.

Schlüsseffekte für Graubünden

Für die wichtigsten Motoren der Entwicklung des Wirtschafts- und Wohnstandortes Graubünden erwarten wir folgende Auswirkungen:

Im Bereich Tourismus bringt der Klimawandel über mildere Sommertemperaturen und noch weniger schneesichere Skigebiete und höhere Naturgefahren sowohl positive als auch negative Effekte. Steigende Energiepreise wirken zudem verteuern auf Anreise- und Aufenthaltskosten. Im Konkurrenzkampf mit anderen Tourismusdestinationen dürften sich die steigenden Ressourcenpreise für Nahmärkte eher günstig, jedoch in Fernmärkten eher ungünstig auf die preisliche Konkurrenzfähigkeit auswirken.

Die weltweite Ressourcenknappheit wird nicht nur Rohstoff-, sondern auch Strompreise beeinflussen, wovon Graubündens Elektrizitätswirtschaft mitprofitieren kann, sobald der Strommarkt liberalisiert ist und die Entschädigungen entsprechend dem Marktpreisverlauf ansteigen. Im Vergleich zu anderen Stromproduktionsformen hat die Bündner Wasserkraft zudem einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil, weil die vorhandenen Speicherkapazitäten die Herstellung von wertvoller, sauberer Spitzenenergie erlauben.

Bei den Forst- und Agrarprodukten könnte die Ressourcenknappheit zu einer zunehmenden Verbesserung der komparativen Kostenvorteile Graubündens führen, wobei sich das Niveau der Produktionskosten nicht mit den Nichtgebirgslagen vergleichen lässt.

Die Folgen des Klimawandels auf den Wohnstandort sind ungewiss. Wohl könnten höhere Temperaturen eine höhere Wohnattraktivität bewirken, andererseits sind infolge Klimawandels zunehmende Naturgefahren zu erwarten.

Tab. 3: Übersicht zu den erwarteten Auswirkungen des Trends „Knappe Ressourcen, Energieverteuerung und Klimawandel“ für Graubünden

Potenzielle Wirtschaftsmotoren	Effekte	Fazit
Tourismusexporte	Graubünden profitiert aufgrund steigender Transportkosten von einem Zuwachs an Gästen aus den Nahmärkten.	++
	Graubünden wird insbesondere im Sommer zu einem angenehm milden Ferienort.	+
	Weniger Schneesicherheit und Naturgefahren schaffen Kosten- und Attraktivitätsnachteile für den Wintertourismus. Gleichzeitig wird die kleinere Konkurrenz an Wintersportorten die Nachfrage in Graubünden tendenziell erhöhen.	- / +
Dienstleistungsexporte (exkl. Tourismus)	Keine nennenswerten Effekte erkennbar.	=
Industrieexporte	Keine nennenswerten Effekte erkennbar.	=
Energieexporte	Graubünden kann von einem steigenden Energiepreis und einer steigenden Nachfrage nach Spitzenenergie profitieren.	++
Forst- und Agrarexporte	Die allgemeine Ressourcenknappheit führt zu einer steigenden Nachfrage nach einheimischen Produkten sowie zu einer Preissteigerung.	+
Wohnstandort	Sowohl positive wie auch negative Effekte zu erwarten.	?

Legende: ++ stark positiv, + eher positiv, = keine Auswirkungen, - eher negativ, -- stark negativ, ? ohne Bewertung

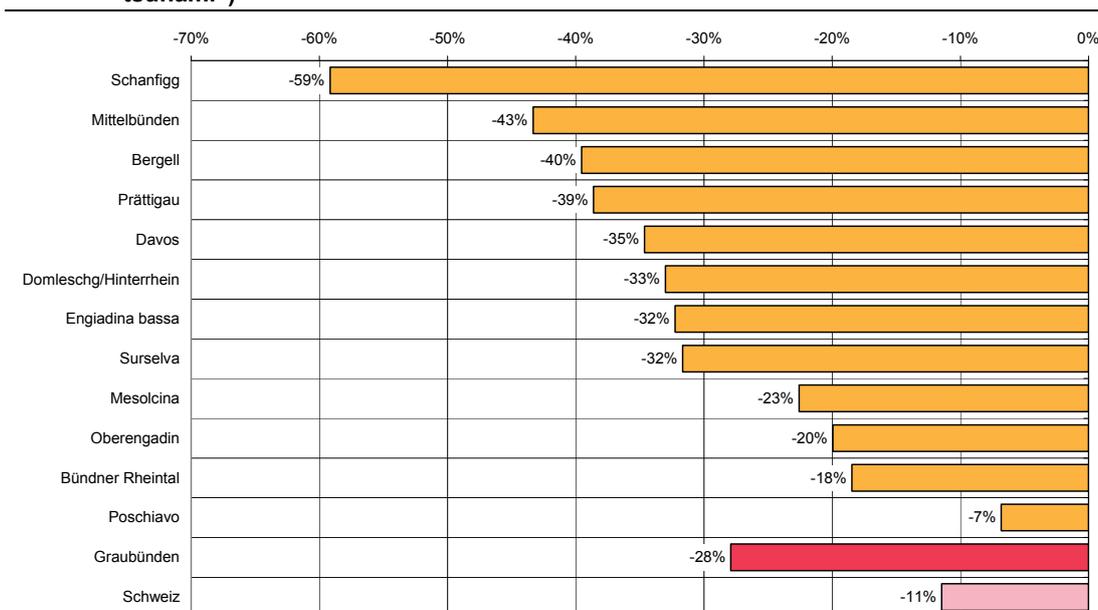
4.2 Demographischer Strukturwandel in Graubünden

Wichtigste Veränderungen

Alle westeuropäischen Länder haben in den letzten zehn Jahren einen deutlichen Geburtenrückgang verzeichnet. Gleichzeitig wird die Lebenserwartung durch den angestiegenen Lebens- und Gesundheitsstandard immer höher. Eine Fortschreibung des Trends zu einer

immer älter werdenden Gesellschaft ist auch für die Zukunft zu erwarten. Bezüglich der Geburtenentwicklung nimmt die Schweiz mit einem Geburtenrückgang von 10% während des letzten Jahrzehnts eine ähnliche Position ein wie zum Beispiel die Nachbarstaaten Deutschland und Österreich. Im schweizweiten Vergleich sieht die Entwicklung für Graubünden sehr ungünstig aus (vgl. Abb. 8, Geburtenentwicklung zwischen 1995/1996 und 2005/2006: -28%).

Abb. 8: Ausgewählter Vergleich der Geburtenzahl 2005/2006 mit 1995/1996 (der „Geburten-tsunami“)



Quelle: BFS (Darstellung: Wirtschaftsforum Graubünden)

Schlüsseffekte für Graubünden

Der weiter ansteigende Altersdurchschnitt der Bevölkerung (vgl. Abb. 9) eröffnet zwar neue Märkte für den Tourismus und attraktive Wohnstandorte, birgt aber bezüglich Geburtenrückgang (vgl. Abb. 8), der Entvölkerung von peripheren Regionen und der damit steigenden Steuerlast für die verbleibende arbeitstätige Bevölkerung ebenso viele Gefahren.

Einige Chancen sind im Tourismus in den Bereichen „Wellness“, „Health“ oder „Medical Health“ zu finden, wovon Graubünden durch entsprechende Produktentwicklung profitieren könnte. Entsprechende Strategien könnten auch zur Etablierung Graubündens als Wohnstandort für Senioren entwickelt werden.

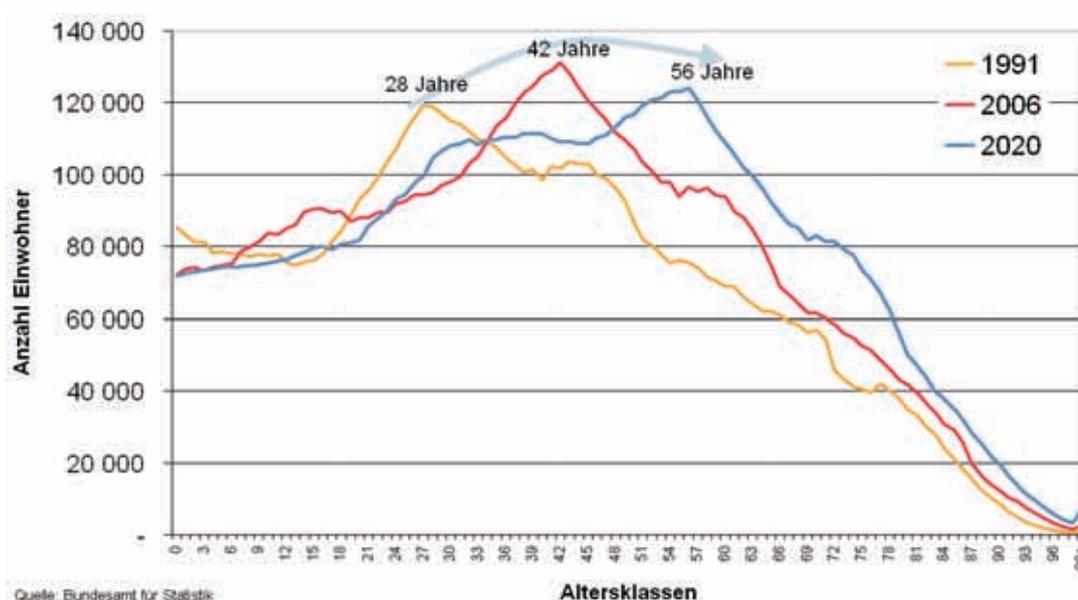
Eine grosse Gefahr für den Wohnstandort geht vom Geburtenrückgang aus, als dessen Folge die Schulen sowie die im Generationenwechsel frei werdenden Arbeitsplätze zunehmend nicht mehr besetzt werden können.

Vor allem in den peripheren Regionen ist der Geburtenrückgang, wie in Abb. 8 ersichtlich, enorm hoch. Da keine Umkehr des Trends zu erwarten ist, werden diese Regionen in Zu-

kunft infolge weiteren Geburtenrückgangs noch grössere Bevölkerungsverluste in Kauf nehmen müssen.

Die steigende Infrastrukturlast bei einer wachsenden Zahl älterer Menschen ist eine weitere Herausforderung, die von den demographischen Umwälzungen ausgeht und die peripheren Regionen stärker betrifft als die Zentren. Der niedrigere Anteil der aktiven Bevölkerung hat eine höhere Steuerbelastung pro Steuerzahler zur Folge. Wirtschafts- wie Wohnstandort leiden unter dieser höheren Steuerlast.

Abb. 9: Entwicklung Altersstruktur der Wohnbevölkerung in der CH (Referenzszenario BFS)



Quelle: Bundesamt für Statistik

Quelle: BFS (Darstellung: Wirtschaftsforum Graubünden)

Tourismuszentren und das Bündner Rheintal werden durch den Geburtenrückgang weniger benachteiligt, da sie genügend Arbeitsplätze für die örtlich ansässige erwerbstätige Bevölkerung bieten. Sie dürften einen Teil des Abwanderungseffektes durch ihre wirtschaftliche Sogwirkung auf die umliegenden Regionen auffangen. Voraussetzungen dafür sind eine genügend hohe wirtschaftliche Kraft der Region und eine gute Verkehrserschliessung für Arbeitspendler.

Tab. 4. fasst die Auswirkungen des demographischen Trends zusammen.

Tab. 4: Übersicht zu den erwarteten Auswirkungen des Trends „Demographischer Strukturwandel“ für Graubünden

Potenzielle Wirtschaftsmotoren	Effekte	Fazit
Tourismusexporte	Alterstourismus führt zu steigender Nachfrage nach Alpenferien sowie Gesundheits- und Wellnessferien.	+ +
Dienstleistungsexporte (exkl. Tourismus)	Gesundheitsdienstleistungen werden stärker nachgefragt.	+
Industrieexporte	Keine nennenswerten Effekte erkennbar.	=
Energieexporte	Keine nennenswerten Effekte erkennbar.	=
Forst- und Agrarexporte	Keine nennenswerten Effekte erkennbar.	=
Wohnstandort	Periphere Regionen: verstärkt negative Wirkung durch Geburtenrückgang → Abwanderung → Abwärtsspirale	- -
	Bündner Rheintal, touristische Zentren: eher neutrale Reaktion, Wirtschaftszentrum kann positive Sogwirkung auf periphere Regionen ausüben.	=/+
	Höhere Infrastrukturkosten pro Kopf → höhere Steuerbelastung → Abwanderung → Abwärtsspirale, schrumpfende Binnennachfrage	- -

Legende: + + stark positiv, + eher positiv, = keine Auswirkungen, - eher negativ, - - stark negativ, ? ohne Bewertung

4.3 Anhaltende Globalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft

Wichtigste Veränderungen

Die Globalisierung führt zu einer Verschiebung der Zentren vom Westen in den asiatischen Raum, zu einer höheren Mobilität eines grösseren Teils der Weltbevölkerung, zu einem vergrösserten Absatzmarkt für die Wirtschaft, aber auch zu einem steigenden Wettbewerb unter den Anbietern.

Profitieren kann vorwiegend derjenige, der sein Produkt erfolgreich auf den Märkten platzieren kann. Diese sogenannten „Globalisierungsgewinner“ (Industrielländer, BRIC-Staaten) können ihren Wohlstand laufend erhöhen, was zu einem höheren Budget pro Kopf für Wohnen, Verkehr, Ferien, Luxus etc. führt.

Im internationalen Vergleich zählt die Schweiz zu den grossen Globalisierungsgewinnern. Dieser Erfolg ist vor allem einer starken Industrie und dem Finanzplatz zu verdanken, der bis anhin verschiedene weltweite Finanzkrisen durchgestanden hat.

Die Schweiz zählt zu den weltweit reichsten Volkswirtschaften. Die Millionärsdichte ist im weltweiten Vergleich sehr hoch, wobei sich das Vermögen regional gemäss der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Ballungszentren sowie auf Gebiete, die sich als günstige Steuer- und Wohnstandorte etabliert haben¹⁰, konzentriert.

Schlüsseffekte für Graubünden

Solange die Schweiz als Wirtschafts- und Finanzplatz gut positioniert bleibt, wird sie eher eine Gewinnerin der Globalisierung bleiben. Die Bündner Wirtschaft dürfte den Trend vor allem in der Hauptbranche Tourismus aufnehmen, wobei auch die spezialisierte Industrie interessante Exportgeschäfte realisieren dürfte. Eher gemischte Einflüsse dürfte der Wohnstandort erfahren. In Kombination von Tourismus, Wohnen und Gesundheit/Wellness dürften sich auch Chancen für den Gesundheitssektor ergeben.

In den einheimischen Tourismuskäufen bewirkt der vermehrte Wohlstand eine zunehmende Nachfrage nach Luxusprodukten. Auf diese Bedürfnisse ist mit entsprechenden Produkten zu reagieren, z.B. Bau von Luxushotels und -Ferienresidenzen, Shoppingmöglichkeiten oder Freizeitgestaltung. Die Nachfrage nach Zweitwohnungen im gehobenen Segment (Flucht in die Sachwerte) dürfte sich weiter auf hohem Niveau halten, was den Handlungsbedarf in Bezug auf die „Kalte-Betten-Problematik“ erhöht.

Um von den Fernmärkten zu profitieren, sind angepasste Produkte notwendig: Produkte, die auf einen Kurzaufenthalt ausgerichtet sind, verbesserte Anreiselogistik, Fluganbindungen etc.

Der Erfolg in der Exportindustrie ist sehr stark von Einzelunternehmen abhängig und wie sich diese auf dem Markt bewähren können. Prinzipiell gilt es, sich auf diejenigen Produkte und Märkte zu fokussieren, in denen die Schweiz ihren Forschungs- und Entwicklungsvorteil ausschöpfen kann. Weiter gilt es, das Technologiewissen in Graubünden weiter zu stärken, um entsprechenden Wirtschaftszweigen einen fruchtbaren Boden zu bereiten.

Der Energiesektor profitiert von der Globalisierung und der Wohlstandszunahme über den steigenden Ressourcenverzehr, der die Preise in den nächsten Jahren stark ansteigen lässt.

Land- und Forstwirtschaft haben vom Globalisierungstrend eher ungünstige Effekte zu erwarten. Die weitere Öffnung der Märkte (der sich in Abklärung befindende Agrarfreihandel mit der EU und die WTO-Verhandlungen) führen zu einem verstärkten Wettbewerbsdruck innerhalb der Schweizer Landwirtschaft. Ob und wie stark die Bündner Landwirtschaft unter

• _____
10 Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen 2004.

Druck gerät, dürfte von den Begleitmassnahmen abhängen, die zur Abfederung der Marktöffnung diskutiert werden.

Achtung bei Abkühlung der Weltwirtschaft!

Obwohl langfristig davon auszugehen ist, dass die Schweiz eher eine Globalisierungsgewinnerin sein dürfte, ist damit zu rechnen, dass eine kurzfristige Abkühlung der Weltwirtschaft einschneidende Konsequenzen für die Schweiz, aber auch für Graubünden haben könnte. Die aktuelle weltweite Finanzkrise zeigt eindrücklich auf, wie schnell auf eine gute konjunkturelle Lage rezessive Entwicklungen folgen können.

Insbesondere die sich in einem solchen Fall sinkenden Steuereinnahmen aus dem Finanz- und Dienstleistungssektor könnten die staatliche Handlungsfreiheit rasch und stark einschränken. Hier gilt es, durch eine vorausschauende Strukturpolitik entsprechende Reserven und den nötigen Spielraum vorzusehen.

Tab. 5: Übersicht zu den erwarteten Auswirkungen des Trends „Anhaltende Globalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft“ für Graubünden

Potenzielle Wirtschaftsmotoren	Effekte	Fazit
Tourismusexporte	Fernmärkte: grösserer und zahlungskräftiger Absatzmarkt.	+
	Nahmärkte: grosse Nachfrage nach Luxusprodukten (inkl. Zweitwohnungen) aus dem Schweizer Markt.	+
Dienstleistungsexporte (exkl. Tourismus)	Gesundheitsdienstleistungen werden stärker nachgefragt.	+
Industrieexporte	Grösserer potenzieller Absatzmarkt für spezialisierte Industrieprodukte aus Graubünden.	+
Energieexporte	Erhöhte Nachfrage und höhere Preise für Spitzenenergie.	++
Forst- und Agrarexporte	Verstärkte Konkurrenz durch Marktöffnung und Liberalisierung.	--
Wohnstandort	Erhöhte Nachfrage nach attraktiven Wohnlagen von Pendlern aus dem In-/Ausland.	+

Legende: ++ stark positiv, + eher positiv, = keine Auswirkungen, - eher negativ, -- stark negativ, ? ohne Bewertung

5 Graubünden im Jahr 2025 – eine Erfolgsgeschichte?

In den vorangehenden Kapiteln haben wir die Standortentwicklung Graubündens erörtert und deren Auswirkungen kritisch unter die Lupe genommen. Anhand der dominierenden globalen Trends haben wir Chancen und Gefahren ausgelotet. Im vorliegenden Kapitel versuchen wir, das bisher Zusammengetragene in möglichen Zukunftsbildern umzusetzen.

5.1 Weshalb ist die Standortentwicklung wichtig?

Im Wirtschaftsleitbild Graubünden gehen wir von folgender langfristigen Vision für den Standort Graubünden aus:

Vision

Graubünden ist auch in Zukunft ein attraktiver und eigenständig handlungsfähiger Wirtschafts- und Lebensraum.

Die Vision impliziert das Ziel einer langfristig **konstanten Bevölkerungszahl** in Graubünden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Kanton auf ein **wirtschaftliches Wachstum** angewiesen. Wirtschaftliches Wachstum wiederum bedingt, dass wirtschaftliche **Wachstumspotenziale** bestehen und diese durch die Wirtschaft ausgeschöpft werden.

Muss-Ziel: Konstante Bevölkerungszahl

Jeder Wirtschaftsstandort sollte grundsätzlich ein Interesse an einer konstanten oder leicht zunehmenden Bevölkerung haben. Denn nur so können Infrastrukturinvestitionen langfristig geplant und in Wert gesetzt werden. Zudem kann nur so von einer stetigen Wertentwicklung des Immobilienbestandes ausgegangen werden, in welchem letztlich ein grosser Teil des Vermögens der Bevölkerung in Form von Ersparnissen, Pensionskassengeldern, Versicherungsgeldern etc. steckt.

Wenn die Bevölkerungszahl starken Schwankungen ausgesetzt ist oder, noch schlimmer, stark rückläufig ist, bleiben staatliche und private Investitionsgüter wie Abwasseranlagen, Schulen, Spitäler etc. ungenutzt in der Landschaft stehen. Diese Güter müssten abgeschrieben werden, was einer teilweisen Vernichtung von volkswirtschaftlichem Vermögen gleichkommt. Zudem müssten Infrastrukturkosten bei einer schrumpfenden Bevölkerung von immer weniger Steuerzahlenden getragen werden, was sich wiederum negativ auf den Wohlstand auswirkt. Aufgrund dieser Überlegungen wird klar, dass kein Standort an einem Bevölkerungsrückgang interessiert sein kann. Wenn eine Schrumpfung in einzelnen Tälern mangels Potenzialen unvermeidlich ist, so gilt es, die sozialen Kosten dieser Prozesse möglichst abzufedern.

Konstante Bevölkerungszahl bedingt wirtschaftliches Wachstum von ca. 2% p.a.

Um die Bevölkerung in Graubünden konstant zu halten, müssen folgende Bedingungen erfüllt sein.

- Die Einwohner Graubündens müssen ein **vergleichbares Wohlstandsniveau** (Kaufkraft) erreichen wie in potenziellen Wettbewerbsregionen (z.B. übrige Schweiz). Wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist, wandert die Bevölkerung in Regionen ab, die in der Summe attraktivere Lebensbedingungen (Wohlstand und Wohlfahrt) bieten. Dies bedingt, dass das Wohlstandswachstum in Graubünden in etwa im Einklang mit dem Wachstum der übrigen Schweiz erfolgt.
- Neben der Wohlstandsentwicklung braucht es – vereinfacht gesagt – eine **konstante Anzahl Arbeitsplätze**. Weil technologische Fortschritte die Anzahl Arbeitsplätze, die für die Produktion eines bestimmten Güterausstosses notwendig sind, auch in Zukunft um rund 2% pro Jahr reduzieren wird, müssen die verlorenen Arbeitsplätze laufend durch neue ersetzt werden.

Aus diesen beiden Überlegungen kann gefolgert werden, dass im Minimum ein Wirtschaftswachstum von 2% pro Jahr notwendig ist, um die Bevölkerung in Graubünden zumindest konstant zu halten.

Wirtschaftliches Wachstum bedingt Potenziale

Für unsere Betrachtungen zum WLB gehen wir von einem Zeitraum von ca. 15 Jahren aus. Das heisst, wir müssen uns überlegen, ob in diesem Zeitraum die Voraussetzungen für ein Wachstum von ca. 2% pro Jahr in Graubünden unter Berücksichtigung von nicht beeinflussbaren Trends (z.B. Globalisierung, Ressourcenverknappung, Wohlstandsentwicklung, Demographie) vorhanden sind. In Tab. 6 haben wir die identifizierten Wachstumspotenziale und die Engpässe aufgeführt, welche die Ausschöpfung der Potenziale derzeit erschweren.

Tab. 6: Übersicht zu Potenzialen und Engpässen

Sektor	Potenzial	Engpässe
Tourismus- exporte	<p>Weltweites Wachstum von 5% erwartet. Hohes Interesse von Ausländern an Immobilien (Zweitwohnungen und Hotels) vorhanden. Bau von mehreren Hotels und Resorts in den nächsten 5 – 10 Jahren denkbar.</p> <p>Neue Formen von Tourismus (z.B. Alterstourismus, Gesundheitstourismus, Wohntourismus) bergen europaweit grosse Wachstumspotenziale.</p>	<p>Bewilligungen für den Bau von Hotels, Resorts, Skigebietsverbindungen stellen hohe Hürden dar.</p> <p>Schwache Verfügbarkeit von geeigneten Flächen für den Bau von Hotels und Resorts.</p> <p>Fehlende Effizienz in der Vermarktung.</p> <p>Fehlende Anreizsysteme, um den kommerziellen Tourismus gegenüber dem Zweitwohnungsbau zu stärken.</p>
Industrie und Gewerbe	<p>Industrie entwickelt sich strukturell und konjunkturell gemäss schweizerischem Durchschnitt. Strukturen sind intakt.</p> <p>Globales Wachstum, angetrieben insbesondere von Asien und den Ostmärkten, wird auch die Wirtschaft in Graubünden weiterhin stimulieren.</p>	<p>Kaum verfügbare Flächen in geeigneter Grösse für die Ausdehnung/Ansiedlung von Industriebetrieben.</p> <p>Ungenügende Anzahl Arbeitskräfte mit den erforderlichen Qualifikationen.</p> <p>Zu geringe Vernetzung von Bildung, Forschung und Wirtschaft (Wissens- und Technologietransfer).</p> <p>Wohnstandort zu wenig auf Bedürfnisse moderner und mobiler Arbeitskräfte ausgerichtet.</p>
Dienstleistungen (exkl. Tourismus)	<p>Global gesehen stellt der Dienstleistungssektor die wertschöpfungsstärksten Arbeitsplätze (insb. Finanzsektor). Die Schweiz nimmt eine attraktive Position innerhalb von Europa ein, da viele internationale Unternehmen ihren europäischen Hauptsitz in der Schweiz ansiedeln.</p> <p>Graubünden weist mit seiner Nähe zu Zürich und der hohen Wohnortqualität grundsätzliche Trümpfe für Wachstum auf.</p>	<p>Hohe Steuerlast für gewinnstarke Unternehmen.</p> <p>Es bestehen keine besonderen Vorteile für die Ansiedlung von Dienstleistungsfirmen.</p> <p>Ungenügende Anzahl Arbeitskräfte mit den erforderlichen Qualifikationen.</p> <p>Wohnstandort zu wenig auf Bedürfnisse moderner und mobiler Arbeitskräfte ausgerichtet.</p>
Energiesektor	<p>Die Ressourcenknappheit lässt die Energiepreise ansteigen. Am Standort Graubünden wird künftig eine markante Ressourcenrente aus der Wasserkraft verdient werden können.</p>	<p>Gesetzlicher Rahmen verhindert die Abschöpfung der Ressourcenrente am Standort Graubünden.</p>

Sektor	Potenzial	Engpässe
Natürliche Ressourcen	Derzeit sind nur wenige echte Potenziale erkennbar. Es ist eher mit einer weiteren Marginalisierung des Sektors zu rechnen. Allenfalls ändern sich die Rahmenbedingungen in einem längeren Zeithorizont insb. für Trinkwasser und Nahrungsmittel.	Die Liberalisierung und Marktöffnung, welche in den WTO-Verhandlungen angestrebt werden, sind für Graubünden eher nachteilig: Verglichen mit den aktuellen Weltmarktpreisen sind die Produktionskosten in Graubünden nicht wettbewerbsfähig.
Wohnstandort für Pendler	Bündner Rheintal und Tourismuszentren könnten in Zukunft bei weiter steigender Mobilität an Attraktivität als Wohnorte für Tages-, Wochen- und internationale Pendler gewinnen.	Zu hohe Steuerbelastung der natürlichen Personen. Wohnstandorte meist zu wenig auf Bedürfnisse moderner und mobiler Arbeitskräfte ausgerichtet (z.B.: Schulsystem).

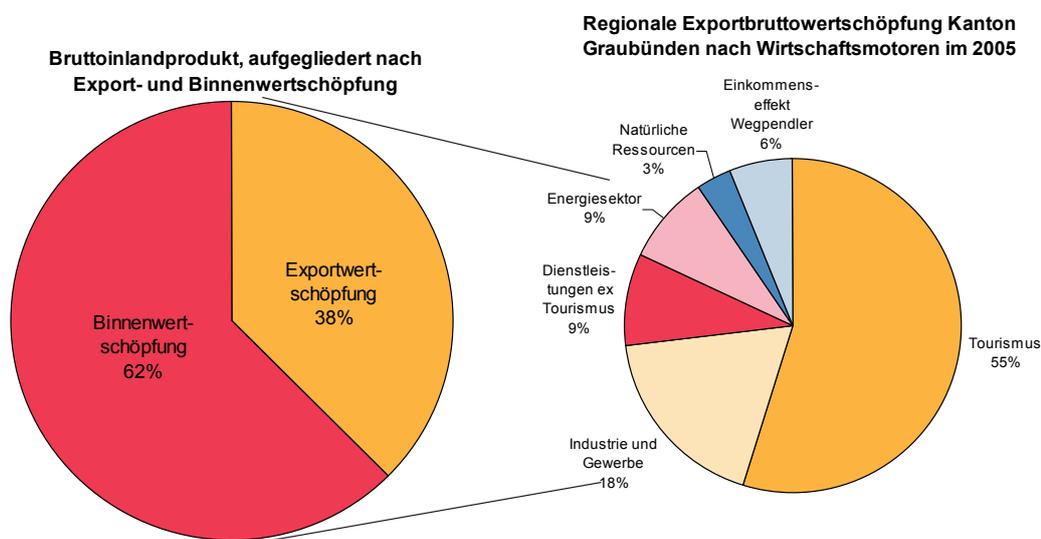
Die obige Tabelle zeigt, dass in Graubünden eine Reihe von attraktiven Potenzialen besteht und dass die derzeitigen Engpässe mit der Anpassung von Rahmenbedingungen und kreativen Lösungen durchaus entschärft werden können.

Jährliches Wirtschaftswachstum von 2% ist in Graubünden bis 2025 denkbar

2005 betrug das BIP des Kantons Graubünden rund CHF 10.2 Mia. Es setzt sich zu rund 45% aus Binnenleistungen, welche die einheimische Nachfrage nach einheimischen Gütern darstellen, zusammen und zu rund 55% aus Exportleistungen (Abb. 10). Die Exportwirtschaft vermag das gesamte Wachstum der Wirtschaft zu beeinflussen, da durch sie zusätzliche Mittel in den Kanton fliessen und zusätzliche Arbeitsplätze im Kanton bestehen. Traditionell stellt der Tourismus den grössten Exportmotor der Bündner Wirtschaft dar. Rund 55% der Exportwertschöpfung stammt aus dieser Branche. Weitere wichtige Träger der Bündner Exportwirtschaft sind Industrie und Gewerbe mit einem Anteil von 18% sowie die Elektrizitätswirtschaft und die nicht touristischen Dienstleistungen mit je einem Anteil von 10% an der Exportwertschöpfung des Kantons.

Um das potenzielle Wirtschaftswachstum im Zeitraum der nächsten 20 Jahre zu eruieren, sind Annahmen über die Entwicklung der einzelnen Branchen zu treffen. Während man von einer relativ konstanten Binnenwertschöpfung ausgehen kann, sind Wachstumspotenziale vor allem in der Exportwirtschaft zu suchen.

Abb. 10: Bedeutung und Branchenanteile an der Exportwertschöpfung des Kantons Graubünden (2005)



Quelle: Wirtschaftsforum Graubünden

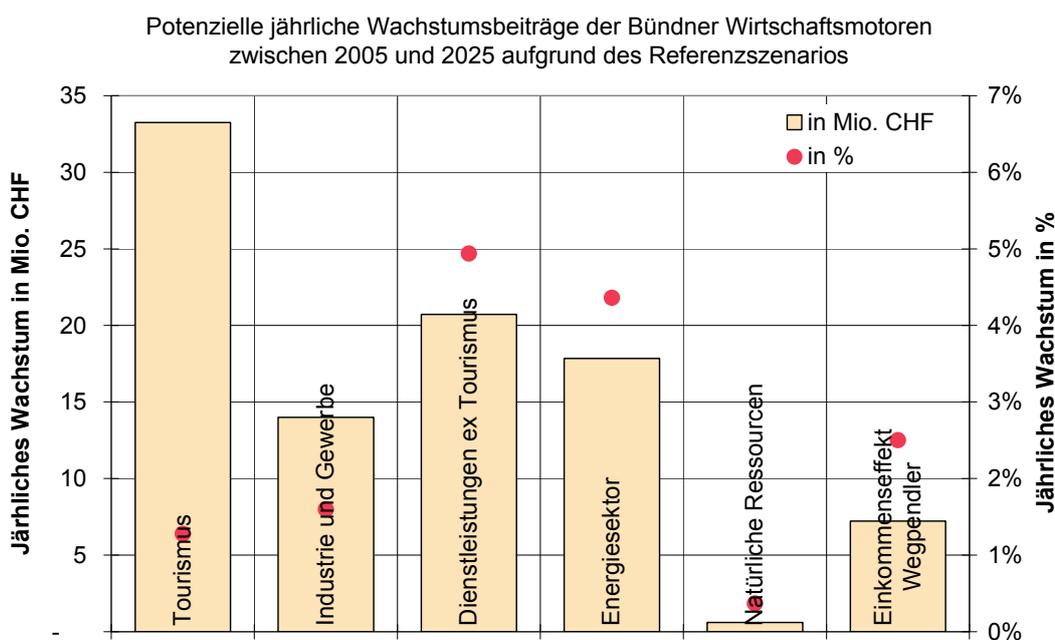
Zur **Entwicklung der Wertschöpfung der Exportbranchen im Zeitraum 2005-2025** getroffen, gehen wir von folgenden Annahmen aus:

- **Tourismus:** Im Rahmen der touristischen Entwicklung wird von einer Professionalisierung (Produktmanagement, Verkauf) sowie von einer hohen Investitionsbereitschaft in neue vermarktete Kapazitäten in Hotellerie und Parahotellerie ausgegangen. Wir schätzen, dass eine Steigerung der Jahresauslastung um 5%, die Erhöhung der vermarkteten Ferienwohnungseinheiten um 20'000 Betten (+10%) sowie die Erhöhung der Hotelleriekapazitäten um 3'000 Betten (+14%) ehrgeizige aber realistische Entwicklungsmöglichkeiten darstellen.
- **Industrie und Gewerbe:** Wir gehen davon aus, dass durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen (Flächenverfügbarkeit, qualifizierte Arbeitskräfte, Agglomerationsvorteile, Senkung der Steuerlast) für die Ausdehnung der bestehenden sowie für die Ansiedlung neuer Unternehmen, eine Ausdehnung um rund 2'000 Arbeitsplätzen (+20%) zu erzielen ist.
- **Dienstleistungen ex Tourismus:** Wir schätzen, dass die Dienstleistungen exkl. Tourismus über eine steuerliche Attraktivierung des Wohnstandortes und des Wirtschaftsplatzes im betrachteten Zeitraum ein Wachstum im Umfang von (+10%) erzielen können.
- **Energiesektor:** Wir schätzen, dass die Energiebranche eine Preiserhöhung von 50%, die Ausdehnung der Kapazitäten um 600 GWh (5%) und einen Ausbau des Handels (+200%) realisieren kann.
- **Land- und Forstwirtschaft:** Infolge der Attraktivierung der Holzwertschöpfungskette gehen wir von 200 zusätzlichen Arbeitskräften in der Forstwirtschaft aus. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft wird hingegen rund -2'000 Beschäftigte (-35%) kosten.

- *Einkommenseffekt Wegpendler*: Über die verbesserte Verkehrsachsen kann von einer Erhöhung der Wegpendler ausgegangen werden. Wir gehen von einer Steigerung von rund 50% aus.

Die unter den getroffenen Annahmen jährlich zu erwartenden Wachstumsraten sind in nachstehendem Diagramm abgebildet. Es zeigt, dass unter Einbezug der aktuell beobachtbaren Trends und Rahmenbedingungen ein mittleres Wachstum von 2% erreicht werden kann. Der volumenmässig grösste Wachstumstreiber ist der Tourismus (jährliches totales Wachstum von CHF 33 Mio., was einem jährlichen prozentualen Wachstum von 1.3% entspricht), die Exportdienstleistungen (CHF 21 Mio., 4.9%), der Energiesektor (CHF 18 Mio., 4.4%) sowie Industrie und Gewerbe (CHF 14 Mio., 1.6%). Insbesondere die natürlichen Ressourcen aber auch der Wegpendlereffekt können aufgrund der relativ niedrigen aktuellen Bedeutung nicht viel zum Wachstum der Bündner Wirtschaft liefern.

Abb. 11: Schätzung der potenziellen jährlichen Wachstumsbeiträge der Bündner Wirtschaftsmotoren zwischen 2005 und 2025



Quelle: Wirtschaftsforum Graubünden

Aufgrund des geschätzten Wachstums von 2% könnte man zum Schluss kommen, dass sich die Akteure angesichts der zukünftigen Situation beruhigt zurücklehnen können. Jedoch: Die Annahmen sind sehr ehrgeizig und gelingt eine Anpassung der Rahmenbedingungen nicht im angenommenen Masse oder treten deren Auswirkungen nicht wie erwartet ein, so ist dieses Wachstum nicht realisierbar. Ebenso wahrscheinlich wie das prognostizierte Wachstum ist dann nämlich ein weiterer Schrumpfungsprozess der Bündner Wirtschaft ähnlich demjenigen zwischen 2000 und 2005. Die skizzierte Problematik rund um die Geburtenentwicklung, der damit verbundene Rückgang der Beschäftigten und höhere Infrastrukturkosten pro Person könnten das angestrebte Wachstum gefährden.

Selbst wenn das obige Wachstum erreicht werden kann, werden die Effekte nicht in allen Regionen Graubündens im gleichen Ausmass eintreten. Das Wachstum dürfte sich weitgehend auf das Bündner Rheintal und die Tourismuszentren beschränken. Die aktuell zu beobachtenden Schrumpfungsprozesse werden selbst in diesem optimistischen Szenario nicht in allen Regionen gestoppt werden können.

5.2 Zwei Zukunftsbilder

Ob Graubünden im 2025 eine Erfolgsgeschichte erzählt oder nicht, ist schwer vorauszusehen. Es gibt gute Gründe für den Glauben an eine positive Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten. Gleichzeitig bestehen aber auch gute Gründe für die Befürchtung, dass die Wirtschaft in Graubünden – mit Ausnahme des Bündner Rheintals – massiv schrumpfen wird.

Wir wagen deshalb den Versuch, zwei unterschiedliche Zukunftsbilder zu beschreiben, die wir aus der vergangenen Entwicklung, der aktuellen Situation und zukünftigen Trends wie folgt ableiten:

- Graubünden verfügt über ein **Industrie- und Dienstleistungszentrum Bündner Rheintal**. Daneben bestehen **5 – 10 touristische Destinationen** mit relevantem Wertschöpfungspotenzial. Diese Gebiete bilden die **Wachstumspole des Kantons**. Die diese Wachstumspole umschliessenden Gebiete können vom Wachstum in den Zentren primär als Wohnstandorte profitieren.¹¹
- Wenn es Graubünden nicht gelingt, diese Wachstumspole zu entwickeln, ist von einem schleichenden Niedergang insbesondere des Berggebietes auszugehen (⇒ **Zukunftsbild: „Bündner Rheintal stösst an die Decke und das Tourismusland wird zur riesigen Maiensäss-Siedlung“**).
- Sofern Graubünden es hingegen schafft, diese Wachstumspole weiterzuentwickeln, wird der ganze Kanton weiter wachsen und für Wirtschaft und Bevölkerung attraktiv bleiben (⇒ **Zukunftsbild: „Wachstumspole Bündner Rheintal und steuerattraktive Tourismuszentren“**).

5.3 Zukunftsbild: „Bündner Rheintal stösst an die Decke und das Tourismusland wird zur riesigen Maiensäss-Siedlung“

5.3.1 Ausgangslage

Wir schreiben das Jahr 2008: Allen Lesern und Akteuren ist bekannt, dass sich das Bündner Rheintal und die angrenzenden Regionen in den letzten Jahren gut entwickelt haben.

11 Die Analyse des Regierungsprogramms zeigt, dass implizit von einer ähnlichen Wahrnehmung der Ausgangslage bezüglich Potenzialen der Bündner Wirtschaft ausgegangen wird: Tourismus sowie in exportierende Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sollen als die Motoren der Wirtschaft gepflegt werden.

Zurückgeführt wird diese Entwicklung auf die Exportwirtschaft im Bündner Rheintal, auf Zentralisierungsprozesse und auf die Zuwanderung aus den peripheren Regionen Graubündens.

Aufgrund der aktuellen Trends kann davon ausgegangen werden, dass sich die Wirtschaft im Bündner Rheintal in den nächsten 20 Jahren weiterhin positiv entwickeln kann. Das Rheintal wird an Bedeutung als Wohnstandort für Pendler gewinnen, die im Grossraum Zürich, im St. Galler Rheintal oder im Fürstentum Liechtenstein arbeiten. Die Dörfer im Bündner Rheintal werden weiter wachsen und sich zu einer losen städtischen Siedlung „Bündner Rheintal“ formieren. Mangels Flächen für Industrie und Dienstleistungen sowie infolge der räumlich und wirtschaftlich unkoordinierten Siedlungsentwicklung besteht die Gefahr, dass das Bündner Rheintal an Wachstumsgrenzen stösst, bevor die wirtschaftlichen Potenziale ausgeschöpft sind.

Seit mehr als 10 Jahren stehen die Regionen des Bündner Berggebietes unter grossem Veränderungsdruck. Dafür sind vielerorts die grossen Umwälzungen im Tourismusgeschäft verantwortlich. Selbst wenn es in Zukunft gelingt, den Tourismus zu erneuern, bleibt im Berggebiet ein hohes Risiko im Hinblick auf eine funktionierende wirtschaftliche Entwicklung bestehen. Die touristische Wertschöpfung fällt in den Bergregionen zudem zum überwiegenden Teil in den touristischen Zentren an. Gemeinden, die touristisch schwach entwickelt sind, präsentieren sich heute vorwiegend als Wohngemeinden für Arbeitnehmer, die entweder in Tourismusorten arbeiten oder im lokalen Agrarbereich tätig sind oder für Zweitwohner, welche die Wohnungen nur teilweise benutzen.

Ein grosser Teil der touristischen Wertschöpfung in den Tourismuszentren wird mit dem Bau von Zweitwohnungen generiert. Die Zweitwohnungen schwächen meist die Strukturen der Kernwirtschaft innerhalb der Destinationen (z.B. Bergbahnen und Hotellerie). Es besteht die Gefahr, dass die Destinationen infolge zu vieler kalter Betten an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Umgekehrt sind in den letzten fünf Jahren zahlreiche Ideen entstanden, wie neue Tourismuskapazitäten in Form von Grosshotels und Resorts entwickelt werden könnten. Es besteht jedoch die Gefahr, dass diese Projekte nicht umgesetzt werden, da bei deren Realisierung hohe gesetzliche Hürden zu bewältigen sind.

Neuerdings wird der Wasserkraft ein markantes Wertschöpfungspotenzial beigemessen. Diese potenzielle Wertschöpfung dürfte aber bis im Jahr 2025 aufgrund der ungünstigen nationalen Gesetzgebungen nur in beschränktem Umfang am Standort Graubünden realisiert werden.

5.3.2 Verhalten der politischen Akteure

Die politischen Akteure haben erkannt, dass die wirtschaftliche Entwicklung Graubündens hinter derjenigen der Schweiz herhinkt. Insgesamt besteht aber kaum Veränderungsbereitschaft. Die Aussage: „Es geht uns noch zu gut, um Reformen anzupacken“ ist an der Tagesordnung.

Wesentliche Reformen werden nicht umgesetzt oder auf die lange Bank geschoben. Grund dafür ist einerseits der oft hohe Aufwand für Reformen und andererseits der fehlende Konsens der Akteure. Beispiele:

- Die Gemeindeautonomie auf dem Papier wird stärker gewichtet als die durch Gemeindegemeinschaften sich ergebenden Möglichkeiten, den Wohlstand der Einwohner zu stärken.
- Notwendige Korrekturen bei der Destinationsentwicklung werden von der Bau- und Immobilienwirtschaft bekämpft, aus Angst und der kurzfristigen Optik heraus, dass Arbeitsplätze verloren gehen könnten.
- Die politische Arbeit zur Veränderung von gesetzlichen Grundlagen (staatliche Beteiligung an der Ressourcenrente der Wasserkraft, Lex Koller oder bäuerliches Bodenrecht) wird versäumt, da der Mut fehlt, nationale Rahmenbedingungen in Frage zu stellen.
- Der Bau von Resorts und neuen Wasserkraftwerken wird ständig verzögert, weil unangenehme Konflikte mit Umweltschutzkreisen auszutragen wären.
- Die Fokussierung von Investitionen auf die Zentrumsorte wird nicht durchgesetzt, weil damit ernsthafte Diskussionen bezüglich der dezentralen Besiedlung verbunden sind.

Die Liste dieser politischen und unternehmerischen „Unterlassungsfehler“ könnte beliebig verlängert werden.

5.3.3 Resultate der Anstrengungen: Blick zurück im Jahr 2025

Da sich die Akteure in diesem Zukunftsbild vor allem durch „Unterlassungen“ hervortun, wirken sich die übergeordneten Trends wie beispielsweise die Demographieentwicklung und die Globalisierung eher negativ auf den Standort Graubünden aus.

Die Rückschau im Jahr 2025 auf die vorhergehenden 20 Jahre verdeutlicht die obigen Ausführungen eindrücklich:

Bündner Rheintal stösst an die Decke

Das Bündner Rheintal erreicht zwischen 2005 und 2025 eine für schweizerische Verhältnisse durchschnittliche Entwicklung. Da der Wirtschaftsstandort weder bezüglich Steuerbelastung noch bezüglich Arbeitskräften oder Wirtschaftsflächen Vorzüge bietet, haben sich nur wenige Firmen für eine Ansiedlung entschieden.

Selbst wenn sich Firmen für den Standort interessiert haben, erfolgten aufgrund der fehlenden Wirtschaftsflächen kaum Ansiedlungen von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Die Gemeinden im Bündner Rheintal haben zwar ihre Zusammenarbeit verstärkt, da aber keine gemeinsamen Visionen bestanden, fand die Zusammenarbeit nicht als gemeinsame Arbeit an einem übergeordneten Ziel, sondern lediglich als Reaktion auf auftretende Probleme statt. Entsprechend ähnelt die Situation im Jahr 2025 eher einem Flickwerk als einem attraktiven Wirtschafts- und Wohnstandort.

Die Tourismuszentren und Berggebiete mutieren zu riesigen Maiensäss-Siedlungen

Da es die Tourismuszentren versäumt haben, ihre Flächen so zu strukturieren, dass neue Tourismusbetriebe entstehen konnten, und die meisten Resortprojekte vom Volk abgelehnt wurden, sind kaum neue Hotels entstanden. Dies, obwohl es 2008 noch danach ausgesehen hatte, als würden einige Grossprojekte realisiert. Stattdessen wurden zwischen 2010 und 2025 – angetrieben durch die hohe Nachfrage – weiter in grossem Umfang Zweitwohnungen gebaut. Die Gewinne aus diesem Geschäft kamen nur Einzelnen zugute. Zwar haben vom dem Bodenverkauf viele Personen profitiert. Weil die Grundstückbesitzer aber oft Personen waren, welche bereits ins Unterland abgewandert waren, floss ein Grossteil der Mittel aus der Region ab. Da über Betriebsschliessungen laufend kommerzielle Kapazitäten verloren gingen, mussten die Bergbahnen ihre Skigebiete redimensionieren. Zwar verweilen über Weihnachten und an Wochenenden immer noch viele Gäste in den Tourismusorten, unter der Woche sind diese aber auch in der Hochsaison immer weniger ausgelastet. In der Tourismuskernwirtschaft sowie im Handel und Gewerbe mussten trotz massivem Zweitwohnungsbau weiterhin Arbeitsplätze reduziert werden. Die rückläufigen Geburtenraten haben dazu geführt, dass die Schulen zentralisiert werden mussten. Die Tourismusorte ohne Hotels und ohne Shoppingmöglichkeiten ähneln heute immer mehr riesigen modernen Maiensäss-Siedlungen. Es bestehen nur wenige Orte in Graubünden, welche noch als intakte Tourismusdestinationen bezeichnet werden können.

Noch gravierender als in den Tourismuszentren ist die Lage in den umliegenden Gemeinden. Mangels Arbeitsplätzen in den Zentren sind weitere Familien abgewandert. Die Dörfer werden nur noch an einigen Wochenenden im Jahr als Zweitwohnorte genutzt. Viele Orte mussten aus wirtschaftlicher Not mit dem Regionalzentrum fusionieren. Die Steuern wurden laufend erhöht, da die Lasten von immer weniger Arbeitnehmern getragen werden mussten. Schulen und Dienstleistungen wurden aufgrund der rückläufigen Einwohnerzahl fast ausnahmslos auf die Regionalzentren reduziert.

Graubünden steht im Abseits

Da aus den Bergregionen kaum noch wirtschaftliche Impulse kamen, liess auch die Entwicklung des Bündner Rheintals nach. Die Steuerlast stieg tendenziell an. Die Investitionen im weitverzweigten Kanton waren zunehmend schwieriger zu finanzieren. Die Bereitschaft der Bevölkerung in den Zentren, weiter in Bergtäler mit wenigen Einwohnern zu investieren, nahm laufend ab.

5.4 Zukunftsbild: „Wachstumspole Bündner Rheintal und steuerattraktive Tourismuszentren“

5.4.1 Handlungen der Politik

Im Gegensatz zum ersten Zukunftsbild nehmen wir nun an, dass die politischen Akteure in Graubünden (Regierung, Grosser Rat, kantonale Verwaltung, Wirtschaftsverbände, regionale und lokale Behörden und Verwaltung, örtliche Meinungsbildner) bereit sind, ihren Beitrag für die notwendigen Reformen zur Optimierung der staatlichen Rahmenbedingungen zu leisten.

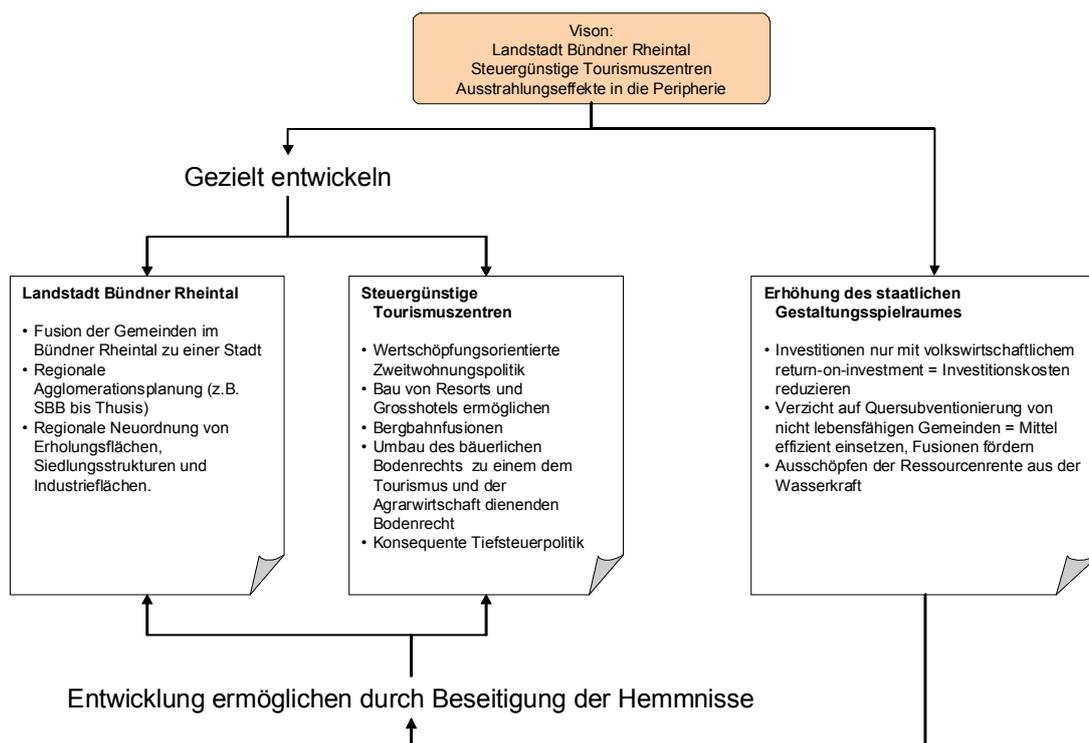
Die Politik setzt sich dafür ein, die Wachstumsschienen in Graubünden von den bestehenden politischen Hürden und Hindernissen zu befreien, damit sich die vorhandenen Potenziale besser entfalten können.

Die Politik geht dabei von folgenden Zielsetzungen aus:

- Das **Bündner Rheintal** soll sich koordiniert zu einem entwickelten städtischen Siedlungsraum entwickeln. Aufgrund der Ausdehnung und der Siedlungsstruktur würde es sich um ein neuartiges Stadtmodell handeln, welches als „ländliche Stadt“ bezeichnet werden könnte.
- Die Tourismuszentren entwickeln sich zu **international wettbewerbsfähigen, steuer-günstigen Destinationen**.
- Mit der Entfaltung der Wachstumspole ist zu hoffen, dass auch **umliegende Regionen** durch **Ausstrahlungseffekte** profitieren. Wo Ausstrahlungseffekte fehlen, verzichtet der Staat künftig auf Investitionen.

Um diese Chancen auszuschöpfen, setzt die Bündner Politik in den nächsten 15 Jahren den in Abb. 12 dargestellten Aktionsplan um.

Abb. 12: Aktionsplan Entwicklung Standort Graubünden



Quelle: Darstellung Wirtschaftsforum Graubünden

5.4.2 Resultate der Anstrengungen: Blick zurück im Jahr 2025

Nach 15 Jahren intensiver Bemühungen der Politik für die Verbesserung der Rahmenbedingungen am Standort Graubünden können um das Jahr 2025 die ersten Früchte geerntet werden. Die Bemühungen der kantonalen Politik werden zudem durch ein anhaltendes Wachstum der Schweizer Wirtschaft und durch stetig ansteigende Energiepreise unterstützt.

Wachstumspol: Bündner Rheintal

Die Gemeinden des Bündner Rheintals haben fusioniert, was ihnen die Möglichkeit zu einer koordinierten Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung gegeben hat. Weil neue Industrie- und Dienstleistungsflächen geschaffen werden konnten, haben sich verschiedene exportorientierte Industrie- und Dienstleistungsunternehmen im Bündner Rheintal niedergelassen und eine markante Anzahl wertschöpfungsintensiver Arbeitsplätze geschaffen. Dabei wurden die geschaffenen knappen strategischen Flächen sehr gezielt nur solchen Unternehmen zur Verfügung gestellt, die in der Region eine überdurchschnittliche Exportwertschöpfung ermöglichen.

Die Bevölkerung ist weiter gewachsen. Die weitsichtige Raumordnung des Bündner Rheintals hat dazu geführt, dass die öffentlichen Mittel äusserst effizient eingesetzt werden konnten. Da sich auch die Tourismuszentren gut entwickelt haben, konnte das Bündner Rheintal massiv als Vorleistungsregion profitieren. Die kantonalen und die kommunalen Steuern

konnten laufend gesenkt werden. Dadurch wurde die Landstadt Bündner Rheintal zum gesuchten Wohnstandort auch für Pendler, die im Grossraum Zürich, Fürstentum Liechtenstein und St. Galler Rheintal arbeiten.

Aufgrund der tiefen Steuern, der sprachgewandten und weltoffenen Arbeitskräfte und der Nähe zu den international führenden Tourismusorten konnten verschiedene internationale Hauptsitze (Dienstleistungsexporte) in der Stadt angesiedelt werden. Dies ermöglichte den Einwohnern interessante Jobperspektiven, was dem Druck zur Abwanderung in Grossstädte entgegenwirkte.

Wachstumspole: steuergünstige Tourismuszentren

Die Tourismuszentren haben ab 2010 konsequent auf die Entwicklung der Kernwirtschaft gesetzt. Sie haben den Zweitwohnungsbau laufend eingeschränkt und die Zweitwohneigentümer vermehrt zur Mitfinanzierung der Infrastrukturen angehalten. Dadurch konnten sie markante Steuersenkungen bei gleichzeitigem Wachstum der Kernwirtschaft durchsetzen.

Da das bäuerliche Bodenrecht und die Lex Koller für Tourismusgebiete in Zusammenarbeit mit dem Bund angepasst wurden, konnten neue Hotels und Resorts angesiedelt werden. Nachdem auch die Wasserzinsen im Jahr 2015 flexibilisiert und regionalisiert wurden, standen den Tourismuszentren markante Mittel für ihre Weiterentwicklung zur Verfügung.

Da inzwischen immer mehr vermögende ausländische Touristen ihre Ferien in Graubünden verbringen, hat auch das Finanzgeschäft in den Tourismuszentren stark an Bedeutung gewonnen. Viele Einheimische arbeiten heute in wertschöpfungsstarken Dienstleistungsbranchen, welche mit dem Tourismus verbunden sind. Einige Tourismuszentren wie Flims, Klosters und Lenzerheide konnten einen wesentlichen Teil der Zweitwohnungen in Erstwohnungen für Pendler umfunktionieren, da die Steuerbelastung dieser Wohnorte zu den attraktivsten der Schweiz gehört.

Durch den Bau von Hotels und Resorts fand zwischen 2010 und 2020 eine Zuwanderung vieler Familien aus anderen Regionen der Schweiz und aus dem Ausland statt. Diese Zuwanderung hat die um 2010 rückläufigen Geburten kompensiert. Nachdem die Tourismuszentren wieder attraktive Arbeitsplätze in Hotellerie, Bergbahnen, Finanzdienstleistungen und Gesundheitsbereich anbieten, sind in den darauf folgenden Jahren auch wieder die Familien und Geburtenzahlen gestiegen.

Periphere Gebiete können teilweise als Wohnorte erhalten werden

Vom Aufschwung des Bündner Rheintals und der Tourismuszentren konnten auch viele periphere Regionen profitieren. Zwar mussten verschiedene kleinere Orte anfänglich Rückschläge hinnehmen, da aufgrund der zurückhaltenden kantonalen Investitionspolitik nur wenige öffentliche Investitionen in der Peripherie getätigt wurden.

Viele Gemeinden haben sich in dieser Situation zum Schritt nach vorne entschieden und mit Tourismuszentren fusioniert. Dies ermöglichte den Tourismuszentren, beispielsweise mit Hilfe der Raumordnung neue Potenziale zu erschliessen.

Nachdem in vielen Tourismuszentren die Wohnungspreise stark angestiegen sind, ziehen viele Einheimische es vor, in umliegenden Siedlungen der gleichen politischen Gemeinde zu wohnen. Dort wurden unterdessen viele alte Häuser erneuert. Einzelne Siedlungen wurden zum Teil zurückgebaut, andere zu Museumsdörfern restauriert. Verschiedene Täler gelten heute als eigentliche Naturreserve.

Graubünden ist insgesamt auf Kurs

Die Entwicklung des Standorts Graubünden ist im Vergleich mit der nationalen und derjenigen in anderen Alpenregionen beispielhaft. Durch die Einbindung der Elektrizitätswirtschaft, den konsequenten Ausbau der Tourismuszentren und die Entfaltung der Landstadt Bündner Rheintal weist Graubünden zwischen 2010 und 2025 eine jährliche Wachstumsrate von 2% auf. Diese Wachstumsraten gehören zu den höchsten für ländliche Gebiete in Westeuropa.

6 Schlussfolgerungen für den wirtschaftspolitischen Rahmen

6.1 Erkenntnisse

Die Stossrichtungen im WLB sind nach wie vor gültig

Aufgrund der Analyse der aktuellen Ausgangslage und der relevanten Trends sowie der bisherigen Anstrengungen der Politik ziehen wir folgende Schlussfolgerungen:

- Die im **Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010** skizzierten Zukunftsentwicklungen waren korrekt und haben sich in der Zwischenzeit im Grossen und Ganzen **bestätigt**.
- Die **Herausforderungen im Berggebiet haben in der Tendenz zugenommen**. Insbesondere die stark rückläufigen Geburtenraten werden in 10 – 15 Jahren eine massive Hypothek für das ganze Gebiet darstellen, wenn nicht wesentliche Trendänderungen eintreten.
- Die Lösungsvorschläge des WLB bleiben damit aktuell. Gegenüber 2004 erkennen wir heute einen **erhöhten Reformbedarf**.

Verschiedenes angepackt, Dimension der Herausforderungen wird zum Teil noch verdrängt

In der Zwischenzeit wurden von den Akteuren in Graubünden verschiedene Herausforderungen angepackt. Positive Beispiele sind die deutliche Verbesserung des kantonalen Finanzhaushalts, die Tourismusreform und die Anpassung des kantonalen Finanzausgleichs.

Andere Themen, welche für die Entwicklung zentral wären, werden zwar intensiv diskutiert, deren Umsetzung scheint vorläufig jedoch noch schwierig. Hierzu können beispielsweise die Gemeindefusionen und die Umsetzung von wegweisenden Hotel- und Resortprojekten im Tourismus erwähnt werden.

Trotz hohem Handlungsbedarf ist in gewissen Bereichen noch kaum eine reformorientierte Diskussion wahrzunehmen, beispielsweise über die Auswirkungen der Geburtenrückgänge, die Effekte der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes auf Graubünden, den weiter voranschreitenden Strukturwandel in der Landwirtschaft oder die sich laufend verschlechternde Altersstruktur der Bevölkerung in den Berggebieten.

6.2 Die vier zentralen Grundsätze für die Bündner Politik in den nächsten 15 Jahren

Das WLB legt die für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Graubünden notwendigen Stossrichtungen eingehend dar. Im Sinne einer Schwerpunktbildung werden diese im WLB formulierten Forderungen hier nochmals zu vier Kernthemen, welche sich durch alle Überlegungen des WLB ziehen, verdichtet:

- Das Bündner Rheintal ist als Stadt zu verstehen.
- Graubünden ist als Wohnstandort für eine moderne und mobile Bevölkerung zu verstehen.
- Die Besiedlung des Berggebiets hängt von der Entwicklung der Tourismuszentren ab.
- Die Elektrizitätswirtschaft spielt künftig eine Schlüsselrolle.

Das Bündner Rheintal ist als Stadt zu verstehen

Die Analyse hat gezeigt, dass das Bündner Rheintal über gute Voraussetzungen zur Weiterentwicklung eines attraktiven Wirtschafts- und Wohnstandorts verfügt. Primärer Engpass dürfte die Verfügbarkeit von Flächen für Industrie, Dienstleistungen und Siedlungen darstellen. Mit dem Wachstum des Wohn- und Wirtschaftsstandorts dürfte der Aufwand zur Koordination von Verkehrs-, Siedlungs-, Industrie-, Landwirtschafts- und Erholungsflächen zunehmen. Um zu verhindern, dass die wirtschaftliche Entwicklung aufgrund restriktiver Rahmenbedingungen stagniert, ist das gesamte Bündner Rheintal (und allenfalls auch das Domleschg) als städtischer Raum zu betrachten. Insbesondere die Raumplanung und Standortpolitik sind innerhalb dieses Perimeters koordiniert zu entwickeln.

Falls es gelingt, das Bündner Rheintal als attraktives Wohngebiet zu etablieren, dürfte sich die Ansiedlung von Unternehmen vereinfachen, da hochqualifizierte Arbeitnehmer eher bereit sind, sich in Graubünden niederzulassen.

Graubünden ist als Wohnstandort für eine moderne und mobile Bevölkerung zu verstehen

Die Bevölkerungszahl Graubündens beträgt rund 190'000 Einwohner. Mit einer zusätzlichen Anzahl „Zweitwohner“, „Teilzeitbündner“ und „Heimwehbündner“ von rund 130'000 (in 55'000 Zweitwohnungen) umfasst die eigentliche Bündner Bevölkerung weit mehr als die statistisch erfasste ständige Wohnbevölkerung. Eine Zweitwohnbevölkerung von einem solch grossen Ausmass ist ein neues Phänomen, das sich erst ab den 1970er Jahren entwickelt hat und heute viele Tourismusgebiete betrifft.

Die meisten staatlichen Systeme (insb. Steuern) gehen heute aber davon aus, dass Wohn- und Arbeitsort der Bürger identisch sind. Die aktuelle Staatsorganisation kennt keine Zweitwohnorte. Es gilt, ein neues Verständnis einer „Zweitwohnungsbevölkerung“ zu entwickeln

und insbesondere zu prüfen, wie das Modell zur Besteuerung der Zweitwohnbevölkerung am Standort Graubünden verbessert werden kann.

Nebst der Problematik der Zweitwohnbevölkerung ist die Mobilität der Bevölkerung von immer höherer Relevanz. Im Gegensatz zu früher wird kaum noch jemand in dem Ort geboren, an dem er das Bürgerrecht hält, zur Schule und zur Arbeit geht und eines Tages beerdigt wird. Die Wohnstandorte müssen sich in heutigen Zeiten auf eine Bevölkerung mit einer höheren Fluktuation einstellen. Deshalb gilt es, die politischen Strukturen, die Sozialsysteme, die Schulen und die übrigen staatlichen Einrichtungen auf eine mobile Bevölkerung auszurichten. Selbstverständlich spricht bei der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Zukunft nichts dagegen, auch die kulturelle Tradition zu berücksichtigen. Nur sollte die Gewichtung von „Funktion“ und „Tradition“ in einem vernünftigen Verhältnis erfolgen.

Die Ausrichtung auf eine mobile Bevölkerung ist insbesondere auch für das Bündner Rheintal von hoher Bedeutung, um der Wirtschaft genügend qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Hier gilt es insbesondere die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Wohnstandort auch für zuziehende ausserkantonale und ausländische Fachpersonen und Familien attraktiv ist.

Die Besiedlung des Berggebiets hängt von der Entwicklung der Tourismuszentren ab

In der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft ist das Ziel einer dezentralen Besiedlung implizit in verschiedenen Artikeln enthalten¹². Die Entwicklungen der letzten Jahre haben jedoch gezeigt, dass es sehr schwierig ist, dieses Ziel aufrecht zu erhalten. Auch Graubünden versucht mit grosser Anstrengung unter dem Argument des „Zieles der dezentralen Besiedlung“, die bestehenden Strukturen zu erhalten.

Die Realität zeigt, dass eine dezentrale Besiedlung in relevantem Ausmass nur möglich ist, wenn regionale wirtschaftliche Zentren bzw. Wachstumspole bestehen. Diese Funktion wird in Graubünden auch auf absehbare Zeit primär von den Tourismuszentren wahrgenommen. Soll also eine dezentrale Besiedlung in Graubünden aufrecht erhalten werden, gilt es, die Tourismuszentren weiter zu entwickeln. Und das bedeutet, beispielsweise folgende Entwicklungen zu ermöglichen:

- Fusion von benachbarten Gemeinden mit dem Tourismuszentrum
- Erneuerung der Skigebiete
- Bau von Hotels und Resorts
- Integration der Zweitwohnbevölkerung in die Finanzierung der Destination

¹² Artikel der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, welche den Auftrag des Bundes zur dezentralen Besiedlung beinhalten: Art. 75 Raumplanung, Art. 100 Konjunkturpolitik, Art. 103 Strukturpolitik, Art. 104 Landwirtschaft, Art. 135 Finanzausgleich

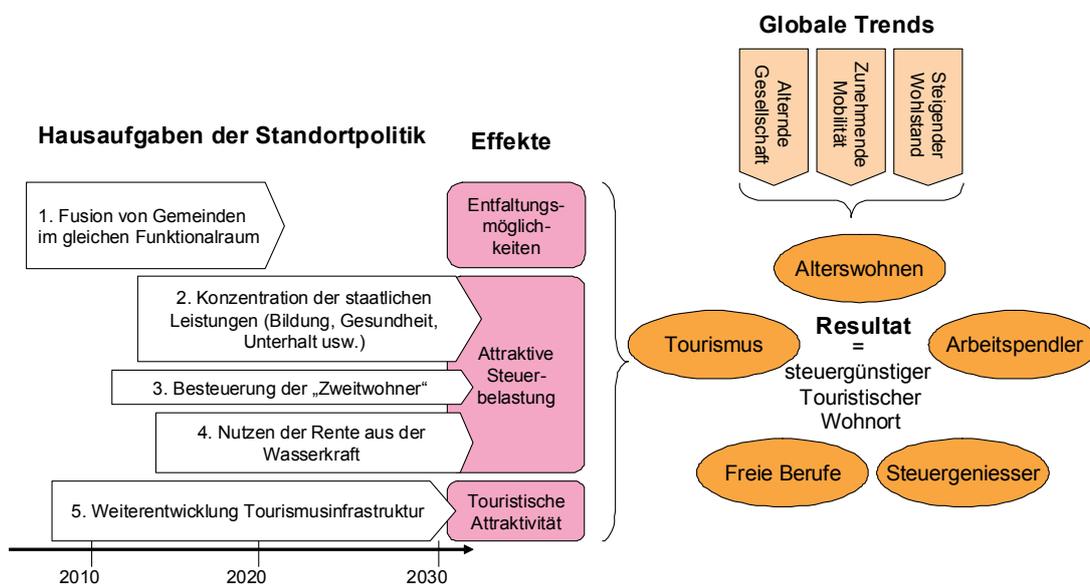
- Ökonomisch sinnvolle Anreize im Finanzausgleich schaffen
- Nutzung der Erträge aus der Wasserkraft

Gelingt es, die Tourismuszentren zu stärken, dürfte auch die dezentrale Besiedlung in einem vernünftigen Umfang gesichert werden.

Auch wenn sich die Tourismuszentren weiter entwickeln, kann nicht jeder Ort aufrecht erhalten werden. Ein Blick auf die Landkarte um 1900 zeigt, dass in Graubünden fast jeder Berg mit Ställen und Maiensässen „besiedelt“ war. Diese Kleinstbesiedlung wurde durch die gestiegene Mobilität im Laufe des 20. Jahrhunderts obsolet. Deshalb wurden diese Strukturen aufgegeben. Umgekehrt wird es in Zukunft in Graubünden Orte geben, die zu Maiensässen mutieren werden. Es gilt, die entsprechenden politischen Konsequenzen zu ziehen. Als Beispiele können der Verzicht auf unangemessene öffentliche Investitionen, die Integration solcher Siedlungen in grössere Gemeinden und die Zentralisierung des Service Public aufgezählt werden.

Ein möglicher Weg für die Trendwende in Tourismuszentren ist in Abb. 13 dargestellt. Wenn die dargestellten Massnahmen umgesetzt werden, können die Tourismusorte von den Trends (steigender Wohlstand, zunehmende Mobilität, alternde Gesellschaft) profitieren und neue Formen von Tourismus und Wohnen entwickeln wie beispielsweise Alterswohnen, Wohnen für Pendler, Wohnen für Vermögende, Wohnen und Arbeiten für Stadtflüchtige usw.

Abb. 13: Ein möglicher Weg zu wettbewerbsfähigen Tourismuszentren der Zukunft



Quelle: Wirtschaftsforum Graubünden

Die Elektrizitätswirtschaft spielt künftig eine Schlüsselrolle¹³

Die Energiewirtschaft wird in den nächsten 10 – 20 Jahren von zwei wesentlichen Faktoren geprägt. Einerseits scheinen die Erdölreserven zur Neige zu gehen. Dies verteuert das Erdöl und damit alle übrigen Energieträger bis zu dem Zeitpunkt, an dem weltweit eine Substitution gefunden bzw. den Energiekonsum eingeschränkt wird. Europaweit wurden zudem in den letzten Jahrzehnten die Elektrizitätsmärkte liberalisiert. Das bedeutet, dass der Strompreis nicht mehr aufgrund der Gestehungskosten, sondern aufgrund von Angebot und Nachfrage festgelegt wird.

Für Graubünden bedeutet dies, dass in Zukunft Elektrizität aus Wasserkraft höchstwahrscheinlich zu höheren Marktpreisen verkauft werden kann als in der Vergangenheit. Das heisst auch, dass sich die aus der Wasserkraft erzielbare Ressourcenrente (= Umsatz minus unternehmerische Gestehungskosten) vervielfachen wird. Wenn es dem Standort Graubünden gelingt, einen angemessenen Anteil aus dieser Ressourcenrente für sich zu beanspruchen, entstehen in vielen peripheren Regionen markante Zusatzeinnahmen.

Diese Zusatzeinnahmen können für Steuersenkungen eingesetzt werden, um als Wohnstandort attraktiv zu werden. Die Ressourcenrente ist deshalb zu thematisieren, weil sie je nach Szenario für den ganzen Kanton durchaus ein Ausmass von mehreren Hundert Millionen Franken annehmen könnte. Potenzialarme Regionen könnten sich innert kurzer Zeit potenzialstarke Gebiete entstehen, gelingt es, die Mittel geschickt einzusetzen.

Wenn jedoch der aktuelle politische Rahmen nicht verändert wird, ist davon auszugehen, dass die Ressourcenrenten nahezu vollständig am Standort Graubünden vorbei gehen werden. Es gilt aber nicht nur die Ressourcenrente sicherzustellen. Gleichzeitig muss auch sichergestellt werden, dass mit allfälligen Einnahmen verantwortungsvoll im Sinne der Standortentwicklung umgegangen wird.

6.3 Schlussbemerkungen

Mit diesem ausführlichen Update hat das WIFO eine Bilanz der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre gezogen sowie einen Ausblick auf die in den nächsten 10-15 Jahren erwarteten Entwicklungen gewagt. Wir möchten unsere Vorschläge nun mit Ihnen diskutieren und gemeinsam mit Wirtschaft, Politik und Bevölkerung die notwendigen Schlussfolgerungen für die weiteren Reformen ziehen.

Gerne sind wir bereit, zu diesem Zweck die Inhalte dieses Berichts anlässlich von Referaten und Diskussionen zu präsentieren.

•

¹³ Vgl. dazu die Publikation des Wirtschaftsforums zur Energiewirtschaftspolitik: „Strom – Bündner Exportprodukt mit Zukunft“, vom August 2008.

Literaturverzeichnis

Amt für Raumentwicklung Graubünden (2007): Siedlungsbericht Graubünden, Analyse der Siedlungsentwicklung seit 1980, Chur.

Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden (2006): Wettbewerbsfähige Strukturen und Aufgabenteilung im Bündner Tourismus – Umsetzungskonzept, Chur.

Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden (2008): Wettbewerbsfähige Strukturen und Aufgabenteilung im Bündner Tourismus – Stand der Umsetzung, Chur.

BAK Basel Economics (2007): Entwicklung von Regionen und Branchen 1990 bis 2010 – Auszug, Chur.

Cavelti, Guido, Kopainsky, Birgit (2006): Potenzialarme Räume Graubünden – Handlungsmöglichkeiten und Strategien von Kanton Graubünden und Bund, Studie im Auftrag des Amtes für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, Chur.

Credit Suisse (2007): Swiss Issues Regionen, Der Kanton Graubünden – Strukturen und Perspektiven, Zürich.

Departement für Finanzen und Gemeinden des Kantons Graubünden (2008): Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA), erläuternder Bericht zur Vernehmlassung, Chur.

Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (2006): Sachplan Verkehr, Teil Programm, Bern.

Eidgenössische Steuerverwaltung (2007): Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen 2004, Bern.

Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement Graubünden (2005): Kernprogramm Bündner Schule 2010, Chur.

Graubünden Ferien (2007): Graubünden-Express soll Fluggäste in die Bündner Berge bringen. Medienmitteilung vom 30. Januar 2007.

Grosser Rat des Kantons Graubünden (2007): Auftrag Kunz betreffend Zugverbindungen Chur – Zürich und direkte Zugverbindung Chur – Zürich Flughafen. Sessionsprotokoll vom 23. Oktober 2007, Chur.

Kommission für Staatspolitik und Strategie Graubünden (2007): Erlass übergeordneter politischer Ziele und Leitsätze für die Planungsperiode 2009-2012 des Regierungsprogramms und Finanzplans, Chur.

Moser, Peter / Simon, Silvia (2007): Szenarien für Graubünden bis 2028, Chur. Studie im Auftrag der Bündner Wirtschaftsverbände.

Moser, Peter / Eichholzer Cyril (2008): Wirtschaftsperspektiven für die Stadt Chur als Zentrum des Bündner Rheintals, Chur.

Regierung Kanton Graubünden (2004): Bericht über das Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Jahre 2005 – 2008, Chur.

Regierung des Kantons Graubünden (2006): Botschaft zur Teilrevision des Gesetzes über die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Kanton Graubünden (GWE), Heft Nr. 19 2006-2007, Chur.

Regierung Kanton Graubünden (2008): Bericht über das Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Jahre 2009-2012, Chur.

Regierung des Kantons Graubünden (2008): Bericht zum Strassenbau und Strassenbauprogramm 2009 – 2012, Botschaft der Regierung an den Grossen Rat, Chur.

Schweizerischer Bundesrat (2008): Wachstumspolitik 2008 – 2011: Massnahmen zur weiteren Stärkung des Schweizer Wirtschaftswachstums, Bern.

Simon, Silvia (2008): Wirtschaftliche Bedeutung der Biolandwirtschaft in Graubünden, Studie der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik der HTW Chur im Auftrag von Biogrischun, Chur.

Wirtschaftsforum Graubünden (2004): Wirtschaftsleitbild Graubünden 2010 – Leitlinien und Ansatzpunkte für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, Chur.

Wirtschaftsforum Graubünden (2006): Neue Wege in der Zweitwohnungspolitik, Chur.

Wirtschaftsforum Graubünden (2008): Strom – Bündner Exportprodukt mit Zukunft, Chur

Berichtsinhalt in 60 Sekunden

- Die gute Konjunktur darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die **Bündner Wirtschaft aktuell mit erheblichen Strukturproblemen** – negative Beschäftigtenzahlen, unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und Wohlstandsniveau – zu kämpfen hat. Während das **Bündner Rheintal noch im Schweizer Durchschnitt** liegt, stellen wir im **Bündner Berggebiet eine negative Entwicklung** fest.
- Die 2004 im Wirtschaftsleitbild Graubünden definierten **Stossrichtungen besitzen weiterhin ihre Gültigkeit**. In einigen Teilbereichen sind **Resultate bereits erkennbar** (z.B. Staatsfinanzen, Verkehr), während in anderen Bereichen **Reformen sehr zögerlich vorangetrieben** werden (z.B. Gemeindereformen, Priorisierung von öffentlichen Investitionen) oder die **Entwicklungen unklar** sind (z.B. Bildungsangebot, Wasserkraft). Insgesamt hat sich der **Reformbedarf seit 2004 erhöht**.
- Potenzialanalysen des Wirtschaftsforums zeigen, dass die **Vision** eines attraktiven und eigenständig handlungsfähigen Wirtschafts- und Lebensraums erreichbar ist, eine **konstante Bevölkerungszahl** zu halten. **Dazu sind die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen**, um ein **Wirtschaftswachstum von ca. 2% p.a.** zu erzielen.
- In Zukunft werden **Trends wie Energieknappheit, Klimawandel, demographischer Strukturwandel und Globalisierung** die Entwicklung der Bündner Wirtschaft stark beeinflussen, wobei wir insbesondere in der **Wasserkraft Potenzial** sehen, während der **demographische Wandel als Herausforderung** betrachtet werden muss.
- Zwei Szenarien unterstreichen die mögliche Entwicklung des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Graubünden eindrücklich. Das Bild „**Bündner Rheintal stösst an Grenzen und das Tourismusland wird zur riesigen Maiensäss-Siedlung**“ entspricht der Fortführung der heutigen Situation. Das Bild „**Wachstumspole Bündner Rheintal und steuerattraktive Tourismuszentren**“ bedingt eine Fokussierung der Stossrichtungen aus einer wachstumsorientierten Sicht.
- Für die nächsten Jahre sind die **Entwicklung eines urbanen Bündner Rheintals**, die Entwicklung **starker Tourismuszentren** mit positiven Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekten auf die umliegenden, peripheren Regionen, die Ausrichtung als **Wohn- und Wirtschaftsstandort für eine mobile Bevölkerung** und eine **Reform der Elektrizitätswirtschaftspolitik** von entscheidender Bedeutung für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik in Graubünden.
- Das Wirtschaftsforum ist der Auffassung, dass die im vorliegenden Bericht entwickelten Ideen **im Rahmen eines Wachstumspaketes** umgesetzt werden sollten.

Das Wirtschaftsforum Graubünden versteht sich als Denkwerkstatt der Wirtschaft und setzt sich für die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Graubünden ein. Das Wirtschaftsforum stellt sein reiches Wissen über wirtschaftliche Entwicklungen und Zusammenhänge in Graubünden der Öffentlichkeit in Form von Berichten, Referaten und Diskussionen zur Verfügung. Auf Einladung sind Vertreter des Wirtschaftsforums jederzeit gerne bereit, an Podiumsdiskussionen teilzunehmen oder als Referenten aufzutreten.